

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangir-
lohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzerate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gefaltene Beitzelle
kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das
Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 3.

Sonntag, den 19. Januar.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter
Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Süd
straße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Der Kampf ums Wahlrecht.

In Preußen und Sachsen macht die Reaktion die äußersten Anstrengungen, um die rückständigsten politischen Verhältnisse gegen alle Fortschritte der Zeit, gegen die zunehmende politische Bildung der werktätigen Bevölkerung, überhaupt gegen den Willen der weit überwiegenden Mehrheit des Volkes aufrecht zu erhalten. Einziges der brutalsten Mittel zur Rechtsmache und Niederhaltung der breiten Volksmassen ist das Dreiklassenwahlrecht, das in Preußen seit der auf das „tolle Jahr“ (1848/49) folgenden Reaktion, in Sachsen seit dem Jahre 1896 für die Landtagswahlen besteht.

Treuehafterweise hat man es in Sachsen im letztgenannten Jahre noch gewagt, diese Volksentrechtung durchzuführen. Die herrschenden Klassen in Sachsen gaben sich dem törichten Glauben hin, mit diesem Streiche einen Vorstoß zugunsten der Reaktion im Reiche zu machen. Das Wort: „Druck erzeugt Gegendruck“, hatte für ihre reaktionäre Intelligenz keine Bedeutung. Aber es bewährte sich trotzdem im öffentlichen Leben. Immer tiefer fraß der Unwille über das volksverräterische Attentat in Sachsen und führte der sozialdemokratischen Agitation neue Nahrung zu. Das Vorgehen der sächsischen Sozialdemokratie gegen die Dreiklassenwahl, speziell aber die Beteiligung an den Landtagswahlen, die hauptsächlich als Kampfmittel gegen das Entrechtungsrecht in Anwendung kam, fand Anerkennung in der Partei und Nachahmung durch die preussische Sozialdemokratie. So war also die Entrechtung in Sachsen „ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

Ist auch zuzugeben, daß der Feuerbrand der russischen Revolution die Blut der Wahlrechtsbewegung in andern Ländern, also auch in Sachsen und Preußen schürte, so steht doch unumstößlich fest, daß das geschlossene Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie kein Zurück! mehr gestattet, jede Situation wird zur Förderung der Bewegung ausgenutzt werden.

Lebendigster Beweis hierfür ist die Propaganda für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht für den Landtag in Preußen seit der Einführung der konservativ-liberalen Blockpolitik. Es ist dem Drängen der Sozialdemokratie zu danken, daß die Freisinnigen sich gezwungen fühlten, die Forderung nach dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht in preussischen Landtage zu stellen. Daß sie die junkerlichen und industriellen kapitalistischen Reaktionen zum Nachgeben veranlassen werde, konnte der größte Optimist nicht erwarten. Aber daß der reaktionäre Starrsinn so weit gehen werde, den Erzeuger und Führer der Blockpolitik, den Fürsten Bülow als preussischen Ministerpräsidenten zu einer brüskierten Abweisung der Forderung im Landtage zu veranlassen, hat mancher nicht geglaubt.

Die Sitzung des preussischen Landtags vom 10. Januar zeigt den preussischen Ministerpräsidenten im unaufrichtigsten Lichte. Fürst Bülow hat sich mit der die Wahlrechtsforderung abweisenden Erklärung in den schroffsten Widerspruch mit seinem Auftreten im Reichstag gebracht.

Im Reichstag trat Fürst Bülow zur Geheimhaltung des Sprechrechts für die Einführung des Stimmrechts in den Wahllokale ein, im preussischen Landtag weigerte er sich sogar im Rahmen der Regierung, das geheime Wahlrecht für die Dreiklassenwahl einzuführen.

Ferner: Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1907 beeinflusste Fürst Bülow die Wahlen in bisher nie dagewesener Weise, im preussischen Landtage erklärte er, die Regierung werde bei den nächsten preussischen Landtagswahlen ganz unparteiisch verfahren.

Solch schreiende Widersprüche müssen dem Volke gewalttätig die Augen öffnen und zum energischen Protest gegen diese Blockpolitik aufreizen. Nur Indifferente oder politische Kinder lassen sich das bieten. Die arbeitenden Klassen sind aber politisch so weit fortgeschritten, daß sie mit wirkungsvollster Deutlichkeit Widerstand gegen die reaktionäre Quertreibung leisten. Das haben sie am 12. Januar durch eine noch nie dagewesene Demonstration im Lande der Junker und Agrarier bewiesen. Im ganzen preussischen Staate flammte der proletarische Protest gegen die Verweigerung des ersten Staatsbürgerrechts auf. Bürgerliche Kreise, soweit sie sich noch nicht an dieser Niederdemonstration beteiligten, werden die fortwährende Bewegung künftig unterstützen, sofern es ihnen Ernst mit der Forderung nach dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht ist.

Mag auch der verkommenste Teil der bürgerlichen Presse mit den polizei-offiziösen Neußerungen über die

Demonstration hafteren gehen und sich polizeilicher Beihilfe schuldig machen, weder mit falschen und drohenden Worten, noch mit dem Polizeijäbel läßt sich die politisch gereifte Arbeiterschaft von dem Wege abbringen, auf dem sie — wie die österreichische Arbeiterschaft — das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht erringen wird.

Aus all den polizeilichen und offiziellen Berichten über die Demonstration der Berliner Sozialdemokraten führt jeder Verständige heraus, daß die Demonstration eine würdige war, gelungen ist und für die Regierung resp. die herrschenden Klassen eine riesige Plamage bedeutet. Noch am Tage vorher hatte der Polizeipräsident von Berlin eine Warnung vor Demonstrationen erlassen — es scheint, die Polizei hat den Glauben, die Arbeiter fürchteten sich vor der drohenden Polizeiauft. In dem Bewußtsein, ihr gesetzliches Recht auszuüben, wie es ihnen beliebt, kennen die Arbeiter keine Furcht vor Polizeidrohungen. Werden diese Drohungen in widergesetzlicher Weise gegen alles gute Recht zur Ausführung gebracht, erlaubt sich die Polizei Uebergriffe, dann hat nur die Polizei, nicht aber die Arbeiterschaft das Urteil der öffentlichen Meinung zu fürchten. Und es richten bereits bürgerliche Blätter, wie das Berliner Tageblatt, den Vorwurf gegen die preussische Regierung und den Landtag, daß sie die Schuld an den Volksdemonstrationen am „roten Sonntag“ tragen, weil sie rücksichtslos die Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag abweisen. Was also am 12. Januar in Berlin, wo die Polizei gegen die Demonstranten mit dem blanken Säbel eingeknallt hat, oder anderwärts an Ungehörigkeiten, Uebergriffen oder gar Blutvergießen vorgekommen ist, das kommt alles auf das Konto der Regierung resp. der herrschenden Klassen, die mit allen Mitteln ihre Privilegien durch die Entrechtung der Volksmassen weiter genießen wollen.

Einzelheiten der großen Demonstration zu besprechen, ist hier nicht der Platz; sie ist gelungen und das genügt. Gelingen konnte sie aber nur unter Innehaltung strengster Disziplin. Daß die Arbeiter diese Disziplin gegen die polizeiliche Macht des Staates auszuüben verstanden, macht ihnen die größte Ehre. Deshalb imponiert auch den herrschenden Klassen die Demonstration trotz allem wütenden Geschimpf oder aller scheinbaren Verhöhnung durch die „göttlichen Sauthirten“ der arbeiterfeindlichen Presse.

Die Gegner wissen es so gut wie die Arbeiter selbst, daß nach dieser Demonstration ein Abflauen der Bewegung unmöglich ist, daß sie vielmehr eine Anregung zu weiterem Vorgehen war und nichts unversucht bleiben darf, um ans Ziel zu gelangen. Das Wahlrecht wird auf diesen ersten wirklich bedeutenden Anlauf noch nicht errungen — die preussischen Junker verlassen sich zur Sicherung ihrer Vorrechte nicht nur auf die Polizei, sondern auch auf die Spitzen der Bejonetten. Aber auf den Spitzen der Bejonetten kann niemand sitzen und „blaue Bohnen“ haben große geschichtliche, politische und wirtschaftlich notwendige Umwälzungen nicht verhindern können. Das trifft für unsre Zeit noch mehr zu, weil die Massen, aus denen die Junkerherrschaft ihre polizeiliche und militärische Macht konstruiert, politisch reifer geworden sind und ihre Ansprüche mit denen von ihnen verlangten Leistungen vergleichen, wobei sie zu dem Schlusse kommen, daß der Staat, dem sie dienen sollen, auch die Verpflichtung hat, ihnen gleiche Rechte und gleichen Anteil an den staatlichen Einrichtungen zu gewähren.

Und die werktätigen Klassen werden sich diese Position erringen — mag sich dagegen stemmen, was da will.

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks.

Eine seltsame Kampfmethode gegen die geplante Banderolesteuer bringt jetzt die Süddeutsche Tabakzeitung (Mannheim) in Anwendung. Sie beschwört die Regierung, diese Steuer um Gotteswillen wegen der bösen Sozialdemokratie fallen zu lassen, weil letztere aus der Agitation gegen die Steuer nur den Vorteil ziehe. Das Blatt knüpft an eine Bemerkung im Geschäftsbericht des Vorstandes unseres Verbandes aus dem vorigen Jahre an, in dem es unter anderm heißt:

„Sehr zu statuen kam uns die Tabaksteuervorlage, durch die die Tabakarbeiter aufgewühlt wurden und mehr Interesse am Besuch der Versammlungen bekamen.“

Sentimental kannegießert das Blatt hierüber folgendermaßen:

Glücklicherweise lehnte damals der Reichstag die Tabaksteuervorlage glatt ab und viele Tausende von den durch die Agitation aufgekochten Arbeitern schlossen sich dann nicht den sozialdemokratischen, sondern den christlichen

Verbänden an, deren Mitgliederzahl in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen hat. Diese Arbeiter — man täusche sich darüber nicht — stehen in den Reichsteuerverfragen auf demselben Standpunkt wie die in den sozialdemokratischen Vereinen organisierten, und sie werden für die bürgerlichen Parteien und vielleicht für den monarchischen Staatsgedanken dauernd verloren sein, wenn man sie durch solch unselbige Steuervorlagen in ihrer Existenz bedroht. Man verfolge nur aufmerksam die Sprache und die Stimmung, welche in den Versammlungen dieser Arbeiter, für die das Vaterland noch kein leerer Wahr ist, herrschen! Und dabei stehen wir, obgleich in Baden und Westfalen schon eine Anzahl christlicher Tabakarbeiterversammlungen stattgefunden hat, erst im Beginn der Protestbewegung gegen die Tabaksteuer. Wenn nicht überall bereits ein Sturm des Unwillens losgebrochen ist, so ist das den besonnenen Führern der Tabakindustrie zu danken, welche immer noch nicht glauben können, daß die leitenden Regierungskreise so verblendet sein werden, der Sozialdemokratie, die dauernd zurückdrängen das allerbernehmteste Staatsinteresse sein und bleiben muß, durch eine Tabaksteuervorlage Wasser auf ihre Mühlen zu liefern.

Es ist hier zurzeit kein Platz, die Beurteilung unfres Verbandes und des christlichen Verbandes zu besprechen, nur müssen wir die gegen uns gerichtete Beschuldigung der Aufheberei energisch zurückweisen, die in nichts, auch nicht aus den Worten jenes Berichts gerechtfertigt ist, denn in dem zitierten Satz des Berichts wird deutlich gesagt, daß die Tabakarbeitermassen durch die Tabaksteuervorlage aufgewühlt wurden.

Fast in jeder Nummer des Tabak-Arbeiter zitieren wir Neußerungen der Süddeutschen Tabakzeitung gegen die jetzt geplante Banderolesteuer, weil sie treffend und aufklärend die Agitation gegen diese Erdrückungssteuer fördern. Rechnet uns das die Süddeutsche Tabakzeitung etwa auch als Aufheberei an? Und wir können auch heute nichts Besseres tun, als wenn wir einige derartige Neußerungen aus der Nr. 4 der Süddeutschen Tabakzeitung hierhersetzen. Das Blatt schreibt unter anderm:

Die Erfahrung aller Länder lehrt, daß nach jeder Steuererhöhung der Tabakkonsum bedeutend zurückgegangen ist. Die Statistik zeigt, daß nach der 97er Steuererhöhung der Tabakverbrauch in Deutschland, der sich im Durchschnitt der fünf Jahre 1871—1875 auf 1,8 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung stellt, bis auf den heutigen Tag noch in keinem Jahre wieder erreicht werden konnte. Durch diesen beträchtlichen Konsumrückgang sind aber nicht nur die Fabrikanten, Großhändler, Kleinhändler und alle mit der Tabakindustrie zusammenhängenden Gewerbe empfindlich geschädigt worden, sondern er hat nicht minder auf die Arbeiterschaft eine unheilvolle Wirkung ausgeübt. Arbeiter-Massenentlassungen sind eine unerbittliche Folge einer jeden Tabaksteuerverhöhung; Tausende von Arbeiterfamilien stehen plötzlich vor dem Nichts und sind unfähigem Elend preisgegeben. Zahlreiche Gemeinden, deren Einwohner ein großes Arbeiterkontingent für die Tabakindustrie stellen, werden durch die Steigerung der Armenlasten wirtschaftlich ruiniert, und viele Gewerbetreibende, Kaufleute und Landwirte durch den Ruin und die Verarmung ihrer bisherigen Abnehmer mittelbar getroffen.

Zu diesen treffenden Bemerkungen wollen wir vorläufig nur den Wunsch hinzufügen, daß sie von den Arbeitern beherzigt werden möchten, dann werden sie schon wissen, wie sie zur Erhaltung ihrer Existenz zu kämpfen haben. Fest steht — und das kann die Süddeutsche Tabakzeitung nicht bestreiten —, daß der Deutsche Tabakarbeiterverband bisher seine Pflicht im Kampfe gegen die Besteuerung des Tabaks im hervorragendsten und anerkanntesten Maße erfüllt hat; er ist auch jetzt die sicherste Position in dem Kampfe gegen die Banderolesteuer.

Die Deutsche Tabakzeitung (Berlin) wendet sich in ihrer Nummer vom 9. Januar ebenfalls gegen die Mehrbelastung des Tabaks; sie schreibt:

In erster Linie ist das Verhältnis des Steuerträgers, d. i. des rauchenden Publikums, zur Steuer von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der Frage. Das eine große Odium hängt unabänderlich an jeder Belastung des Rauchgenusses, daß sie einen beträchtlichen Volksteil, die Nichtraucher, nicht trifft. Darin liegt eine schwere Verletzung des Prinzips der gleichmäßigen, gerechten Verteilung der Steuerlast. Ueber diesen Mangel kommt man auch mit dem Schlagwort von der Luxussteuer nicht hinweg. Der Rauchgenuss hat längt die Qualität des Luxus verloren. Er ist dem größten Teil unfres schaffenden, völlig luxusenwöhnten Volkes zum Bedürfnis geworden, und zwar gerade den am intensivsten Tätigen am meisten. Daß also von der den großen, werktätigen Volksteil belastenden Steuer ein anderer Teil ohne jeden Grund nicht im geringsten getroffen wird, spricht scharf gegen sie. Gerade darin gleicht die Tabaksteuer der Fahrkartensteuer, daß sie immer nur von einem Teil des Volks getragen wird, von dem absolut nicht feststeht, daß er steuerkräftiger ist als der unbesteuerterte. . . .

Man hat, um dem Verworf der Tabaksteuer einen weiteren gefährlichen Zahn auszubrechen, weiter gelehnet, daß eine Tabaksteuer in Form der abgesetzten Banderolesteuer die Massen belaste; vielmehr richte sie sich nach der Steuerkraft des Einzelnen. Das ist nur scheinbar richtig. Der Arbeiter, der für seine

5-Pfennig-Zigarre einen halben oder auch nur einen Viertelpfennig Steuer zahlen muß, wird ebenso hart getroffen oder noch härter wie der Rentner, der für eine entsprechend teurere Zigarre eine entsprechend höhere Steuer zu entrichten hat. Entscheidender als diese Abstufung, die eher dem Verkäufer als dem Raucher zuzurechnen kommt, ist die Tatsache, daß die geringe Anwendung des Arbeiters für den Raucher, belastet wird in demselben oder fast in demselben Verhältnis wie die des Gutgläubigen. Diesen trifft die Belastung nicht, jenen dagegen um so mehr. Deshalb bleibt eine Zigarrensteuer, ungeachtet auch der diffizilsten Abstufung, eine die Massen belastende Steuer.

Nach ebenso entscheidend für oder gegen die Einführung einer Tabak- oder Zigarrensteuer ist das Verhältnis der Industrie zu ihr. Daß sie der Industrie infolge der nötig werdenden Kontrollen äußere Ungelegenheiten in Gülle und Hülle bringt, spräche weniger gegen sie, obwohl auch solche Ungelegenheiten schwer ins Gewicht fallen. Aber die unbeeinträchtigte Tendenz der Steuer, die Zentralisierung der Industrie zu beschleunigen, ist viel schwerwiegender, da sie vielen kleinen und mittleren Fabriken gefährlich wird. Und auch das wäre zwar bedauerlich, käte aber dem Volkseinkommen keinen großen Abbruch, wenn nicht die Arbeiter mitbetroffen würden. Beim Eingehen einer Fabrik werden immer eine Anzahl Arbeiter, die aus den vorerwähnten Gründen nicht in eine andere Gegend wandern können, in ihrer Heimat eben keine andere Arbeitsgelegenheit finden, brotlos. Und das gilt für die Tabakindustrie in ganz besonderem Maße, da eine große Anzahl der Fabriken in ländlicher, industriearmer Gegend liegen. Gerade die Dezentralisation der deutschen Tabakindustrie macht sie weniger widerstandsfähig gegen eine Steuer als andre Industrien. Deshalb geht es auch nicht an, immer wieder auf die weit höheren Tabaksteuern anderer Länder hinzuweisen.

Gegen die Vandalenbesteuerung des Tabaks wendet sich mit scharfen Worten die Bremer Handelskammer. Sie bezeichnet dieses Projekt als die schädlichste Form der Besteuerung, welche die Industrie treffen könnte, da sie zur Zentralisierung führen muß, und dadurch dem späteren Uebergang zum Monopol den Weg ebnet würde.

Selbst in den Kreisen der Zigarettenindustrie hat man die Befürchtung, daß durch die Uebertragung der Vandalensteuer auf Zigarren demnach die Steuer auf Zigaretten erhöht werden könnte. Wir hegen daran nicht den mindesten Zweifel. Sobald die Vandalensteuer über die gesamte Tabakindustrie verhängt ist, wird die Regierung nicht lange mit der Erhöhung dieser Steuer warten, denn durch sie kommt man ja dem Monopol um so schneller näher, nämlich wenn sie die den kleinen und mittleren Betrieben tödliche Steuer gelegentlich noch erhöht.

Demnach hat auch die Zigaretten- wie überhaupt die gesamte Tabakindustrie alle Ursache, den Kampf gegen die Mehrbelastung des Tabaks mit zu führen.

Der Schlußsatz des vorstehenden Artikels über die Mehrbelastung des Tabaks wird durch die neueste Mitteilung über den Entwurf der Zigarrenbändersteuer infolgedessen erweitert, als die Regierung auch eine Erhöhung der Steuer auf Zigaretten plant. Doch, lassen wir diese Mitteilung selbst sprechen.

Am 4. Januar hat eine Konferenz zwischen dem badischen Finanzminister und 14 Tabakindustriellen stattgefunden, in der über den Entwurf des Reichsfinanzsekretärs verhandelt wurde.

Der Entwurf verhängt die Vandalensteuer auch über Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

Ferner beträgt die Vandalensteuer für Zigarren im Einzelverkauf:

bis zu 7 Pfg. das Stück,	5 Mk. pro Tausend
von 8 " " " "	7 1/2 " " "
10 " " " "	10 " " "
dann aufwärts bis " "	20 " " "

Soweit wir im Augenblick die Sache überdenken können, müßte diese Steuer eine grundstürzende Minderung der Fabrikation und des Handels in der Zigarettenindustrie herbeiführen. Wieder sind es die billigsten Sorten, also der Massenverbrauch, der verhältnismäßig am schwersten belastet würde und darum auch die verderblichsten Wirkungen hinsichtlich der Verringerung des Konsums haben müßte. Denn alle Sorten bis zu 7 Pfg. würden 1 Pfg. Aufschlag pro Stück erfahren. Die Vorlage rechtfertigt demnach alle Befürchtungen, die sich an ihre Ankündigung knüpfen. Sobald ihre Einzelheiten genauer bekannt werden, werden wir sie eingehend besprechen.

Angefügt sei hier nur noch, was die neueste Mitteilung über die Besteuerung der Zigarette sagt:

„Um den Zigarrenfabrikanten den Einwand zu nehmen, daß namentlich die von der Regierung selbst vor zwei Jahren als wünschenswert bezeichnete disparitätische Behandlung der Zigarren und Zigaretten wieder aufgehoben würde, will man auch die Vandalensteuer für die Zigaretten erhöhen, so daß die gegenwärtige Differenz durch das Hinaufschrauben beider Steuern wiederhergestellt werde.“

M u m p i t!

Rundschau.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat angefaßt der Aufregung, welche aus Anlaß des brüskten Verhaltens der Grubenbarone gegen ihre Arbeiter in der Frage der Neuregelung des Knappschafftskassenwesens unter den Bergarbeitern, besonders im Ruhrrevier, entstanden ist, folgende Interpellation eingebracht:

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob er eine Novelle zum Krankenversicherungs-gesetz vorzulegen gedenkt, welche die Verhältnisse im Knappschafftskassenwesen in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise regelt?

Arbeitszeit im Handelsgewerbe. Zum Etat des Reichsanths des Innern brachten Wassermann und Genossen eine Resolution ein, die verbündeten Regierungen zu suchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Kontoren und sonstigen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, geregelt wird.

Die liberalen Arbeiter und das Vereinsgesetz. Gegen den Sprachen-Paragrafen des Vereinsgesetzes spricht sich ein Schreiben aus, das der liberal-demokratische Arbeiterausschuß in Düsseldorf an die linksliberalen Fraktionen im Reichstage gerichtet hat. Auch ein Kompromißvorschlag, der in linksliberalen Blättern vorgebracht ist, wird verworfen. Nicht nur weil ein fremdsprachliches

Verammlungsverbot gegen die fundamentalen Grundzüge des Liberalismus verstoße, sei es abzulehnen, sondern weil es den Organisationsbestrebungen namentlich der rheinisch-westfälischen Arbeiterchaft schweren Schaden zufügen würde. Ein Verbot auch nur für Rheinland und Westfalen würde das Koalitionsrecht der Arbeiter stark beeinflussen und die deutschen Arbeiter der Lohnrückerei eingewandelter Arbeitskräfte, die auf einem viel tieferen Niveau stehen, unbarmherzig ausliefern, sei also arbeiterfeindlich. Ferner spricht sich der Ausschuß für die Ablehnung des § 9 (Verammlungsauflösung) in seiner gegenwärtigen Fassung aus. Dieser bringe eine bedeutende Verschlechterung des heutigen preußischen Vereinsrechts und eine erhebliche Erweiterung der polizeilichen Befugnisse mit sich.

Der „staatsmännische“ Freisinn wird sich recht wenig um die Wünsche seiner Arbeiter-Gefolgschaft kümmern, denn das Wohlwollen Bülows ist ihm wichtiger, als die Zufriedenheit der Arbeiter. Da die „liberal-demokratischen“ Arbeiter durch dieses Verhalten dorthin getrieben werden, wohin sie gehören, nämlich zur Sozialdemokratie, kann es uns sehr recht sein.

Die Gewerkschaftsmitgliederliste in den Händen der Polizei. Welch amtlichen Mißbrauch zu denunziatorischen Zwecken einzelne Polizeiverwaltungen mit dem Mitgliederverzeichnis der Gewerkschaften treiben, ist schon wiederholt Gegenstand öffentlicher Erörterungen gewesen. Viele unserer Polizeiverwaltungen scheinen der Meinung zu sein, als ob die Bestimmungen des § 2 im Vereinsgesetz deshalb getroffen seien, damit die Polizei in der Lage sei, das ihr auf amtlichem Wege übermittelte Mitgliederverzeichnis sofort an die Unternehmer weiterzugeben, damit diese eine Absonderung der Böcke von den Schafen vornehmen können. Das ist die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mit allen polizeilichen Schikanen. Man sollte annehmen, die von der Reichstagstribüne herab erfolgte Beurteilung dieses polizeilichen Amtsmißbrauchs hätte längst ein kategorisches Verbot an die Polizeiverwaltungen zur Folge gehabt, wodurch das Bekanntwerden des Mitgliederverzeichnisses vor den Unternehmern in jedem Falle ausgeschlossen sein würde. Aber es ist eben anders. Wie durch eine Gerichtsverhandlung in Göttingen festgestellt wurde, hat der Landrat des Kreises Duderstadt von der Bochumer Polizei eine Liste der Lanterberger Mitglieder des Bergarbeiterverbandes eingefordert. Als er im Besitz derselben war, enttandte er einen Gendarm in eine Schwerepatfabrik, in der die organisierten Arbeiter beschäftigt wurden, um sie in Gegenwart des Unternehmers nach ihrer Verbandszugehörigkeit zu fragen. Als nur sechs sich freiwillig als Mitglieder des Bergarbeiterverbandes bekannten, hielt dieser wackere Geisteswächter den übrigen 36 Arbeitern die Liste vor die Augen mit dem Bemerkens: „Ihr steht ja auch drin!“ Offener kann der Mißbrauch des Gesetzes durch die Polizei selbst wirklich nicht dokumentiert werden. Es fehlt nur noch, daß derjenige, der diese polizeiliche Denunziation bei dem Unternehmer gebührend kritisiert, von der Staatsanwaltschaft wegen Verleumdung der Polizei verfolgt wird.

Gutachten über Streikbrecher und Gelbe. Der Sekretär des Papierfabrikantenverbandes, Dittes, schrieb vor kurzem über die Qualifikation der deutschen Arbeiter folgendes: „Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter ist von der Sozialdemokratie so geschult, daß sie es für ehrenrührig anziehen, streikende Genossen zu erheben und auf diese Weise den Preis der einzigen Ware des Arbeiters, seine Arbeitskraft, zu verderben.“ Die ehrenrührige Tätigkeit verüben die Streikbrecher tagtäglich, wo immer ihnen Gelegenheit geboten wird. Die ehrende Anerkennung derjenigen Arbeiter, die prinzipiell jeden Streikbruch verurteilen, ist zugleich ein Brandmal auf der Stirn der Streikbrecher, die ebenso grundtätlich ihre Mitarbeiter verraten und ihnen in den Rücken fallen. Ueber die „Gelben“ gab ein Dr. phil. Karl Notter aus Erlangen folgendes Gutachten: „... Diese Arbeitervereinigungen können nicht Anspruch erheben auf die Bezeichnung Gewerkschaften; sie sind nicht gebildet auf Grund des Koalitionsparagrafen der Gewerbeordnung zu gemeinsamer Beratung und Durchsetzung von Arbeiterforderungen. Es sind Vereine von Arbeitswilligen; es sind, um es deutlich auszusprechen, Streikbrecherorganisationen von Unternehmers Gnaden.“ Wer möchte daran zweifeln, daß Herr Dr. Notter den Nagel auf den Kopf getroffen hat? Niemand, der Gelegenheit hatte, die jammervolle Gesellschaft der „Gelben“ kennen zu lernen.

Die Begehrlichkeit der Arbeiter wird recht draßlich illustriert durch folgende Uebersicht, die dem Stettiner Volksboten ein Maurer aus Bergen auf Kügen zugehen läßt. Die Familie des Einfinders besteht aus fünf Köpfen und er selbst arbeitete, so lange es irgend die Witterung erlaubte. Lassen wir ihn hier selbst reden:

	1905	1906	1907
	Stb.	Stb.	Stb.
Ich stand in Beschäftigung	2463	2534	2422
	Mk.	Mk.	Mk.
und verdiente in dieser Zeit	1071.41	1143.86	1106.20
Die jährlichen Ausgaben sehen sich wie folgt zusammen:			
für Wohnungsmiete	72.—	72.—	72.—
„ Heizung und Beleuchtung	82.70	89.32	91.75
„ Bahngeld nach und von der Arbeit	55.80	48.50	50.80
„ Nachhager auf der Arbeitsstätte	36.20	49.—	44.60
„ Verbands- und Parteibeitrag	15.70	16.90	19.90
„ Zeitung und Bücher	15.90	19.30	28.50
„ Steuern	4.46	4.46	7.92
„ Versicherung	15.40	15.40	15.40
„ Rasieren und Haarschneiden	8.40	8.40	8.40
„ Kranken- u. Invalidenversicherung	15.60	18.40	18.40
„ Kleidung und Schuhzeug	147.55	191.64	218.60
„ Seife, Soda und Stärke	7.75	8.10	10.30
„ Handwerkzeug	3.80	2.75	6.25
„ Haushaltungsgegenstände	6.50	10.75	18.37
„ Vergütungen	16.20	20.45	19.95
„ Medikamente	5.20	12.60	7.15
Sonstige Ausgaben	33.55	56.80	52.10
Summa	542.21	643.25	703.40

Zieht man nun diese Summe von dem jährlichen Verdienst ab, so blieb für Nahrung übrig 1905: 529.21 Mk., 1906: 500.61 Mk. und 1907: 402.80 Mk. Berechnet man diese Summe nun pro Person und Tag, so kommt ein Resultat heraus, das weit hinter dem Betrage zurücksteht, der für die Ernährung der Zuchthausinsassen ausgeworfen ist, nämlich: 1905: 29 Pfg., 1906: 28 Pfg., 1907: 22 Pfg. Daß bei einer so kleinen Summe von einer wirklichen Er-

nährung überhaupt noch die Rede sein kann, wird wohl kaum jemand behaupten können. Aus solcher Jugend sollen dann dem Staate kräftige Soldaten erwachsen! Schon aus dieser Erwägung heraus müßte der Staat dafür Sorge tragen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter bessern und die dahingehenden Bestrebungen derselben unterstützen. Aber weit gefehlt, vernünftige Erwägungen, das Volksrecht betreffend, kann man von der Blochregierung doch auch nicht verlangen.

Keinliche Mittel gegen ein Arbeitersekretariat. Im November vorigen Jahres wurde der Arbeitersekretär Genosse Poessenecker in Bayreuth durch richterliche Anordnung von der Vertretung Recht suchender vor den dortigen Gerichten ausgeschlossen, nachdem die Bayreuther Rechtsanwältel sich gegen eine deartige Betätigung des Arbeitersekretariats bedauert hatten. In einem späteren Fall wurde auch vom Landgericht direkt ausgesprochen, daß B. als Arbeitersekretär nicht zugelassen werden könne, schon aus Prinzip, um den Anwälten keine Konkurrenz zu machen. Gegen obige Anordnung wurde Beschwerde beim bayrischen Justizministerium erhoben. Dieses erklärt jetzt, daß es der Beschwerde nicht näher treten könne, weil die Aufhebung solcher vom Gericht getroffenen Anordnungen nach § 157 der Strafprozeßordnung unstatthaft sei. In einem andern Abtatz desselben Paragrafen heißt es jedoch, daß die Vorschrift, die diesem Vorgehen zugrunde gelegt ist, auf Personen, denen durch Anordnung der Justizverwaltung das mündliche Verhandeln vor Gericht gestattet ist, keine Anwendung findet. Eine solche Anordnung sollte aber gerade durch die Beschwerde bezweckt werden. Die bayrische Justizverwaltung scheint sich den Nachsatz der angeführten Gesetzesbestimmung gar nicht angehen zu haben.

Scharfmacherwünsche. In einem Artikel, überschrieben Krisis und Arbeiterchaft, schreibt die Deutsche Arbeiterzeitung u. a.:

Entgegen den Hoffnungen, welche vielleicht die roten Freghähupflinge hegen (für den Fortgang der sozialdemokratischen Werbearbeit nämlich), dürfte sich anlässlich der sinkenden Konjunktur ein starkes Anwachsen der nationalen Arbeiterverbände ergeben, wenn die Arbeitgeber jetzt Ernst damit machen, ihre Betriebe von sozialdemokratischen Elementen zu säubern.

Die Scharfmacher würden ja wohl gerne Ernst machen, wenn die sozialdemokratischen nicht anerkanntermaßen die tüchtigsten und intelligentesten Arbeiter wären. Und außerdem sind sie zum schweren Verdruß der Unternehmer so zahlreich, daß auch aus diesem Grunde der ichöne Plan der Arbeitgeberzeitung unausgeführt bleiben muß; denn selber arbeiten wollen doch die Herren nicht, und ohne Arbeit kein Profit. Die Trauben hängen also viel zu hoch!

Industrielle Krise — steigender Export. So oft die Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes infolge krisenhafter Verhältnisse sinkt, kann man die Beobachtung machen, daß das Kapital Anstrengungen macht, den Absatz nach außen zu steigern, wie ja auch die Abwanderung der Arbeitskräfte durch wirtschaftliche Krisen wesentlich beeinflusst wird. Dafür liefern die Vorgänge in der Gegenwart fast täglich Beweise. Vor allem natürlich in Amerika. Hier wird ein starkes Anwachsen des Exports beobachtet. Baumwolle, Petroleum, Getreide wurden in den letzten Monaten, seitdem die Absatzmärkte des Inlands mehr und mehr zu versagen beginnen, in wachsenden Mengen ausgeführt. Vorläufig sind es natürlich die von der Krise besonders getroffenen Industrien, welche das Bedürfnis zeigen, den Ausfall auf den inländischen Märkten durch gesteigerten Export wettzumachen. So wird aus Newyork gemeldet, daß sechs Dampfer zum Transport von landwirtschaftlichen Maschinen nach Europa gechartert wurden; weitere Anwerbungen sollen folgen. Die Ladung dieser Schiffe wird zusammen mit den Verladungen, die auf den andern Schiffen innerhalb vier Monaten erfolgen sollen, auf 25 Millionen Dollar geschätzt. In Amerika richtet man sich also auf einen wachsenden Export an Industrieerzeugnissen ein, mit denen man die europäischen Zollschranken überlegen zu können und die Konkurrenz zu überwinden hofft. Die europäische Industrie wird also in der nächsten Zeit einen forcierten Wettbewerb der Amerikaner zu gewärtigen haben. Nur die Agrarier werden von dem potenzierten Konkurrenzkampf der Industrie nicht beunruhigt; im Gegenteil: Je billiger die landwirtschaftlichen Maschinen werden, desto besser für sie. Ihre eignen Produkte haben sie ja durch hohe Zölle geschützt und die Zunker haben bei den Zollschachereien das beste Geschäft gemacht. Die weiter verarbeitende Industrie und die Arbeiter müssen die Bege bezahlen.

Der Achtstundentag für Vergleute in Frankreich. Die Vergleute von St. Etienne haben von den Werksbesitzern den Achtstundentag zugestanden erhalten. Bei den Unterhandlungen, die zwischen dem Komitee der Unternehmer und den Vertretern der Vergleute stattfanden, war auch der Handelsminister Diviani anwesend.

Welbliche Gewerbeinspektion ist in Italien jetzt zum erstenmal eingeführt worden; die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin war bisher organisatorisch in der Gewerkschaft der Schneiderinnen in Mailand tätig, hat einen besondern Kursus zur Ausbildung für ihr Amt durchgemacht und ist jetzt als erste Frau der staatlichen Gewerbeaufsicht eingestell.

Berichte.

Bremen-Hafstedt. In der Versammlung am 8. Januar legte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 vor. Die Revision bestätigte die Richtigkeit und wurde dem Kassierer Schrage erteilt. Usdann wurde die Verwaltung einstimmig wiedergewählt. Am 18. Januar soll eine Protestversammlung gegen die neuen Steuerbelastungen unserer Industrie abgehalten und der Vorstand ersucht werden, einen Referenten zu stellen. Ferner wurde noch eine mit der letzten Generalversammlung in Verbindung stehende Angelegenheit ausführlich behandelt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung spricht ihr Entschlossen darüber aus, daß den Delegierten v. Elm, Eilken und Wildemann pro Tag 10 Mk. Diäten gezahlt sind. Den Vorstandsmitgliedern sind 7 Mk. pro Tag gezahlt worden und da die bez. Delegierten ebenfalls keinen Lohnausfall hatten, so stehen auch diesen nicht 10 Mk., sondern nur 7 Mk. zu. Die Versammlung hofft, daß die nächste Generalversammlung in dieser Sache eine Aenderung herbeiführt.“

Gandersheim. Heute fand hier selbst im Römischen Kaiser eine öffentliche Protestversammlung gegen die Tabak- resp. Zigarrenbändersteuer statt. Das Referat hatte Kollege Bur-

goid aus Braunschweig übernommen; er legte den Anwesenden in langen Ausführungen die Verhältnisse in der Tabakindustrie dar. Die Anwesenden kamen zu der Ansicht, daß die Tabakindustrie nicht weiter belastet werden dürfe, ohne daß die Industrie erheblich geschädigt würde und Tausende von Arbeitern frolos würden. Scharf kritisiert wurde das Schreiben des Reichstagsabgeordneten v. Damm, der früher sich als Gegner von Tabaksteuer hinstellte und jetzt keine Erklärung abgeben kann, weil der Bundesrat, resp. Regierung, noch keine Vorlage an den Reichstag hat gelangen lassen. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Redner, die sich sämtlich gegen jede weitere Mehrbelastung des Tabaks, sowie gegen jede indirekte Steuererhöhung aussprachen. Eine in diesem Sinne eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Es wurde eine Kommission beauftragt, abermals zu gegebener Zeit mit dem Reichstagsabgeordneten v. Damm in Verbindung zu treten, damit derselbe gegen derartige Steuerprojekte sich aussprechen kann ebent. dagegen stimmen wird.

Nordhausen. Am 7. Januar fand im Lokal Stadt Berlin eine Mitgliederversammlung der Zählstelle Nordhausen statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Wahl der Bevollmächtigten, Revisoren und Kartelldelegierten; 3. Geschäftliches. Die Abrechnung gab der Kollege Köhler; selbige balanciert mit einer Ausgabe und Einnahme von 4369.44 Mark. Die von den Revisoren beantragte Entlastung fand einstimmig Annahme. Den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr gab der 1. Bevollmächtigte Ferd. Hufung; daraus ist zu entnehmen, daß durch den Verband folgende Aufbesserung der Löhne stattfand: für Spinner bis 1.50 Mark, Röllchenmacher bis 3 Mark, Tagelöhner (männlich) bis 3 Mark, Vorlegerinnen bis 30 Pfg. und Deckermacherinnen bis 60 Pfg. pro Woche. Auch die Zigarettenmacher erhielten Erhöhungen bis 75 Pfg. und Wickelmacherinnen bis 30 Pfg. pro Mille. Ferner erlebte die Zahlstelle in 13 Versammlungen ihre Geschäfte. Fabrik- und Branchenversammlungen fanden 68 statt. Durch die ganze Tätigkeit hat auch die Mitgliederzahl enorm zugenommen. Die Anwesenden waren mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Als 1. Bevollmächtigt wurde der Kollege Ferd. Hufung, als 2. Bevollmächtigt Aug. Weinrich, als 3. Bevollmächtigt Ernst Schwabe gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Gust. Große, Ab. Pabst und Karl Fischer und als Kartelldelegierte D. Schmidt, Fr. Meyer, P. Schröder, Aug. Nitzhardt, Ab. Pabst und Aug. Weinrich gewählt. Im Geschäftlichen gab der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß bei den Firmen F. C. Lerche und G. A. Hanewader neue Lohnsätze für Röllchenmacher ausgehängt sind. Auf den Inhalt selbst werden wir später eingehen. Im weiteren wurde beschlossen, den Versammlungsabend auf den zweiten Montag des Monats zu verlegen und die Versammlungen pünktlich 7 1/2 Uhr zu eröffnen.

Seeßen. Am 11. Januar fand im Lokal des Herrn Brauwers unsere Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Wahl des Gesamtvorstands und der Kontrolleure; 3. Geschäftliches. Der Kassierer gibt die Abrechnung; dieselbe wird durch die Kontrolleure, welche die Kasse sowie Markenbestand geprüft haben, für richtig befunden und es wird dem Kassierer Decharge erteilt. Alsdann kritisiert Kollege Krosche verschiedene Angelegenheiten. In der Diskussion besprach man die Arbeiten des Gauleiters Burgold, daß derselbe doch nicht so arbeite, wie man verlangen könne, denn gerade durch sein Arbeiten sei bis jetzt noch wenig erzielt worden. Im Gegenteil, anstatt die Mitgliedschaft zu heben, sei dieselbe im 3. Gau in den meisten Orten zurückgegangen. Wir hoffen, daß dem abgeholfen wird, indem vom Gauleiter mehr gearbeitet werden muß. Die Ortsverwaltungen sind gern behilflich. Alsdann wurden gewählt als 1. Bevollmächtigt Arno Krosche, als 2. Bevollmächtigt Wilh. Klages, als 3. Bevollmächtigt Wilh. Stode. Als Kontrolleure Aug. Großmann, Albert Sakmann und Friedr. Sander, zum Klassenboten wurde Herr. Habsmeyer wiedergewählt. Im dritten Punkt hob Kollege Klages hervor, daß von Fabrikanten hier am Ort angefragt worden wäre wegen einer Interessentenversammlung gegen die Zigaretten-Vanderolesteuer. Diese soll auch bald abgehalten werden und der Reichstagsabgeordnete Herr von Damm zu dieser Versammlung geladen werden, um seine Haltung über die Steuer zu hören. Weiter wurde beschlossen, ein Gewerkschaftsartell am Orte zu gründen.

Speier. Am 6. Januar fand im Goldenen Lamm eine Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Mehrbelastung des Tabaks statt. Das Referat hatte Landtagsabgeordneter Eduard Klement aus Kaiserslautern übernommen. Redner schilderte in einem einfüßigen Vortrage, wie die Reichsregierung die durch ihre uferlosen Forderungen für Meer und Marine, sowie für ihre Kolonialpolitik immer mehr answühlenden Ausgaben des Reiches durch Steuern auf Lebensmittel decken will. Er hob hervor, daß in den letzten Jahren die notwendigen Lebensmittel im Preise hoch gestiegen sind, und daß der Fleischkonsum infolge der Teuerung ganz bedeutend zurückgegangen ist, weil die arbeitende Bevölkerung die Mittel nicht mehr aufzubringen imstande ist. Aber trotz alledem geht die Regierung schon wieder mit neuen Plänen um, um dem Volke noch mehr indirekte Steuern aufzubürden in Gestalt von Steuern auf Spiritus und eine Vanderolesteuer auf Zigaretten. Redner wies nach, daß durch die Einführung der Vanderolesteuer der Konsum an Zigaretten ganz bedeutend zurückgehen würde, worauf Tausende von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen frolos würden. Am Schlusse seiner Ausführungen betonte Redner, daß die Tabakarbeiter und die an der Tabakindustrie interessierte Bevölkerung gegen diese Maßnahmen der Regierung einen ganz energischen Protest erheben müßten, um die Pläne der Regierung zu Fall zu bringen. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Hierauf fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung der Tabakarbeiter und sonstiger Interessenten erhebt energisch Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung des Tabaks. Begründung: Die Tabakarbeiter gehören nach amtlicher Feststellung zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern. Eine Mehrbelastung des Tabaks in irgendeiner Form würde verursachen, daß diese geringen Löhne noch mehr reduziert würden. Der Konsum würde zurückgehen, Arbeiter würden in großer Zahl entlassen werden. Infolge von Mehrangebot von Arbeitskräften würden naturgemäß die Löhne gedrückt. Für die sonstigen Interessenten, Fabrikanten, Händler usw., würde durch Zurückgehen des Konsums ihr Verdienst geschmälert und somit ihre Existenz in Frage gestellt. Die Versammlung fordert deshalb die ganze Bevölkerung auf, sich ihrem Protest anzuschließen und somit den Reichstag zu veranlassen, alle derartigen Vorlagen rundweg abzulehnen. An die bayrische Regierung richtet die Versammlung das Ersuchen, im Interesse der bayrischen Industrie ihren Vertreter im Bundesrat zu instruieren, gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Tabaksteuervorschlag zu stimmen.“

Würzburg. Am 5. Januar fand im Restaurant Eldorado eine mächtig besuchte Versammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 wurde vom 2. Bevollmächtigten den Mitgliedern vorgelesen; die Revisoren erklärten, die Kasse, sowie die Wertzeichen usw. geprüft und für richtig befunden zu haben. Darauf wurde dem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Ortsausschusses für 1908 wurden folgende Kollegen gewählt: Bernhard Arenzen als 1., Albert Schmidt als 2., Max Hemmerich als 3. Bevollmächtigt. Als Kontrolleure wurden die Kollegen Johann Gänzler, Joh. Bauer und Varth. Bes. als Delegierte zum hiesigen Gewerkschaftsartell die Kollegen Joh. Gänzler als 1., Joh. Bauer als 2. und Aug. Mack als Ersatzmann gewählt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Joh. Gänzler. Er fan: u. a. auf den Ausgang der Gewerbegerichtswahl von 1907 zu sprechen, wo die freien Gewerkschaften 15, die christlichen

nur 5 Weisiger erhielten. Trotzdem sich letztere das Prädikat christlich und national gemint als gutes Zugpflaster zugelegt hatten, verloren sie doch gegen die vorhergehende Wahl einen Weisiger. Ferner führte er aus, daß hier am Ort die Gründung eines Bildungsausschusses geplant sei, auf Grund dessen jedem vorwärtsstrebenden werkschaftlich Organisierten Gelegenheit gegeben wird, im Rechtschreiben, Schönschreiben, Sackbildung, Rechtslehre usw. sich weiter auszubilden, auch soll für geübene Konzerte, belehrende Vorträge usw. gesorgt werden. Es haben sich zu dieser Veranstaltung gebildete Männer als Lehrer bereit erklärt und forderte Redner zum Schluß seiner Ausführungen die Kollegen auf, von diesem Anerbieten, was nebenbei bemerkt für die Teilnehmer vollständig kostenlos geschieht, zahlreich Gebrauch zu machen, den Kursus aber auch auszuhalten. Den Punkt 4 der Tagesordnung bildete Stellungnahme zur Versammlungsabhaltung jeden Monats. Nachdem von einer Reihe Kollegen für und wider gesprochen, man auch infolge der mäßigen Wohnungsverhältnisse der Kollegen, welche zum größten Teil auf dem Lande wohnen, zu keinem Beschlusse gelangte, versprach der 1. Bevollmächtigte nach Möglichkeit öfter Versammlung abzuhalten, ebenso aber auch für belehrende Vorträge in denselben Sorge zu tragen.

Kollegen! Zum Schluß noch ein ernstes Wort. Wie euch wohl bekannt sein wird, findet am 19. Januar eine öffentliche Protestversammlung statt, in welcher wir uns leider wiederum gegen eine, so unbarmherzig gegen uns ohnedies schon so gedrückten und gedemütigten Tabakarbeiter gerichtete, vernichtende neue Steuer wenden müssen. Wir appellieren an das Ehrgefühl eines jeden Kollegen, für einen guten Versammlungsbesuch, in welcher unser Gauleiter Franz Schnell referieren wird, Sorge zu tragen, damit es in die weite Öffentlichkeit dringe, wie rückwärts ein Erwerbszweig, in welchem 200 000 Personen beschäftigt sind, immer und immer wieder mit neuen und größeren Steuern bedrückt wird, ein Erwerbszweig, der vielen Hunderten von Krüppeln und Schwächlichen wenn auch nur knappen Brot zufommen läßt. Kollegen, denkt an eure Frauen, an eure Kinder! Agitiert für einen guten Versammlungsbesuch und gebt dadurch der Regierung die richtige Antwort. Auf, Kollegen, zum Kampf für unser Brot.

Briefkasten.

E. G., Viehshwiz. Die Krankenunterstützung wird für 6 Tage in der Woche, auch für Feiertage, welche in die Woche fallen, gezahlt. Der Sonntag wird jedoch nicht ausbezahlt.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Niederwelling, Bremen Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Scheel-Plöckenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Achtung, Bevollmächtigte!

Es ist dringend erforderlich, darauf zu achten, daß an wandernde Mitglieder nur dann Arbeitslosenunterstützung verabsolgt werden darf, wenn sie mit einer Wanderkarte versehen sind. Die Mitgliedsbücher von Mitgliedern, die eine Wanderkarte ausgestellt erhielten, müssen dem Vorstande eingeschickt werden.

Im ferneren ersuchen wir die Bevollmächtigten, die erhaltenen Empfangsarten über erhaltene Wertzeichen sofort zu unterschreiben und dem Vorstande einzusenden.

Indem wir dieses bekannt geben, erwarten wir, daß die Bevollmächtigten im Sinne vorstehender Publikation handeln.

Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Marie Thiemann aus Bremen, S. I, Nr. 21072, ausgeh. am 12. 7. 03, wurde als verloren gemeldet. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und dem Vorstande einzusenden.

Das Mitglied Aug. Dippe aus Hildesheim, S. I, Nr. 69539, ist von Goslar, ohne sich abgemeldet zu haben, abgereist. Dippe muß 1.— Mk. Strafe zahlen. Das Mitgliedsbuch des Dippe ist im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und uns einzusenden. Eine Wanderkarte darf dem Dippe nicht ausgestellt werden.

Das Mitglied Wilhelm Reichweh aus Striegau, S. I, Nr. 71446, reiste von Nnsbach, ohne sich abzumelden, ab und muß deshalb 1.— Mk. Strafe zahlen. Das Mitgliedsbuch des Reichweh ist im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und uns einzusenden. Eine Wanderkarte darf dem Reichweh nicht ausgestellt werden.

Die Wanderkarte des Mitgliedes Johann Berger aus Töplinsoda, S. I, 51094, ausgeh. 26. 10. 87, ist zu konfiszieren und uns einzusenden.

Achtung!

In Nummer 52 des Tabakarbeiters im Vorjahre ist unter den provisorischen Aufnahmen ein Georg Lindner aus Versbach von Zahlstelle 167 gemeldet. Da Lindner Rest zahlen muß, so teilen wir dies der Zahlstelle 167 (Hagenow) mit, erhielten jedoch die Mitteilung, daß Lindner in obiger Zahlstelle nicht aufgenommen ist. Wir fordern nun hiermit die Zahlstelle resp. Ortsverwaltung, wo Lindner sich zur Aufnahme gemeldet hat, auf, uns dies umgehend zu melden.

Achtung, Gauleiter!

Wir ersuchen die Gauleiter dringend, dem unterzeichneten Vorstande umgehend über alle Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie über alle Bewegungen zur Abwehr über angeordnete Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, über die bis jetzt noch nicht berichtet wurde, Bericht zu geben.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstände sind ernannt:

Für Emmerich: Joh. Enteling als 1. Bev.
Für Gohlis: Karl Wagner als 1. Bev., Franz Müller als 2. Bev.; Frau Anna Strauß, Heinrich From als Kontrolleure.
Für Groß-Rhuden: Wilh. Flüge II als 1. Bev., Wilh. Kühle als 2. Bev., Otto Eggerling als 3. Bev.; H. Bratekusch, H. Göte, W. Brothage als Kontrolleure.
Für Holsen (Kr. Herford): Wilhelm Steffan als 1. Bev., Wilh. Oberichmidt als 2. Bev., Joh. Bracht als 3. Bev.; H. Borenkämper, Fritz Kleinböck, Heiner. Koppelmeier als Kontrolleure.

Für Löhne: Heiner. Nagel als 1. Bev., Wilh. Baumann als 2. Bev., Wilh. Stule als 3. Bev.; Wilh. Nolting, Herm. Bratmann, Wilh. Heimer als Kontrolleure.

Für Heugersdorf: W. Pirch als 1. Bev., Hermann Sackert als 2. Bev., Sommer, Seifert und Fackel als Kontrolleure.

Für Nordhausen: Ferd. Hufung als 1. Bev., August Weinrich als 2. Bev., Ernst Schwabe als 3. Bev.; A. Pabst, R. Fischer, G. Große als Kontrolleure.

Für Salungen: Christian Taubert als 1. Bev., Christian Wagner als 2. Bev., Christian Leibrecht als 3. Bev.

Für Seesen: Arno Krosche als 1. Bev., Wilh. Klages als 2. Bev., Wilh. Stode als 3. Bev.; A. Großmann, M. Sackmann, F. Sander als Kontrolleure.

Für Werther i. W.: F. Vanze als 1. Bev., M. Günther als 2. Bev., W. Gehring als 3. Bev.; H. Menthoff, W. Münster, H. Göhling als Kontrolleure.

Für Wittenberg: Louis Gollmann als 1. Bev., Herm. Scheffler als 2. Bev., Wilh. Reinflein als 3. Bev.; Karl Lormann, Rob. Malzahn als Kontrolleure.

Vom 7. bis 13. Januar 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
5. Januar.	9. Januar.
Dresden, durch C. Deichmann 1800.59	Müncheberg . . . 38.80
5. Johannegeorgensstadt. 250.—	9. Krosdorf . . . 200.—
6. Seelen . . . 65.00	9. Schwezingen . . . 53.40
6. Canth . . . 17.90	10. Treuenbrietzen . . . 29.86
6. Stötteritz . . . 98.—	10. Barmbeck . . . 250.—
6. Hastedt . . . 55.—	10. Lübben . . . 13.80
6. Rheydt, M. Lasseur . . . 62.35	10. Osterode a. H. . . 100.—
6. Viehshwiz . . . 265.40	10. Ebingen . . . 51.90
7. Speyer . . . 225.—	11. Dahme . . . 100.—
7. Deberan . . . 16.40	11. Goslar . . . 100.—
7. Minden i. W. . . 551.—	11. Goch . . . 250.—
7. Neuhaus . . . 100.—	11. Baden-Baden . . . 25.50
7. Connewitz . . . 25.—	12. Münchehof . . . 119.70
7. Heuchelheim . . . 320.—	12. Seesen . . . 9.80
7. Heide . . . 183.41	12. Launsbach . . . 282.79
7. Böhneck . . . 60.20	12. Seiffhennersdorf . . . 175.60
8. Magdeburg . . . 200.—	12. Achim, durch C. Deichmann 289.10
8. Schenitz . . . 71.10	13. Haffebt . . . 100.—
8. Helfrich . . . 116.80	

B. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Protestbewegung gegen die Zigaretten-Vanderolesteuer.

6. Januar. Berlin, J. Müller, Rohtabakhandlung . . . 100.—
6. Berlin, Personal der Firma Müller . . . 44.30
6. Berlin, Th. Witzig, Prokurist der Firma J. Müller . . . 50.—

Verichtigung: In Nr. 2 des Tabakarbeiter muß es unter Wabheim 63.30 Mk., statt 63.60 Mk. heißen. — Unter Hamburg 714.30 Mk., statt 714.— Mk.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 13. Januar 1908.

W. Niederwelling, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Änderungen:

Für Eiken: Der 1. Bev. A. v. d. Poll wohnt jetzt Beefschestraße 3a.

Für Emmerich: Der 1. Bev. Joh. Enteling wohnt jetzt Steinweg 321.

Für Forst (Bez. Frankfurt a. O.): Der 1. Bev. Fritz Krause wohnt jetzt Kirchhofweg 6, I.

Für Friedeberg (Neumark): Der 1. Bev. E. Märker wohnt jetzt Barberstraße 22.

Für Heide i. Holst.: Der 1. Bev. Gust. Römfelt wohnt jetzt Harmoniestraße 30. — Der 2. Bev. Karl Kofartis wohnt jetzt Süderstraße 52.

Für Herringhausen (Kr. Herford): Der 1. Bev. Fritz Herringerbäumer wohnt jetzt Nr. 89.

Für Holsen i. W. (Kr. Herford): Der 1. Bev. Wilhelm Steffan wohnt jetzt Nr. 124.

Für Kalkstein: Der 1. Bev. Franz Braun wohnt jetzt Plantagenstraße 15 (Neustadt). — Der 2. Bev. Rob. Lepke wohnt jetzt Nagelschmiedestraße 146/147 (Altstadt).

Für Löhne i. W.: Der 1. Bev. Heiner. Nagel wohnt jetzt Nr. 115. — Der 2. Bev. Wilhelm Baumann wohnt jetzt Fallscheide b. Löhne, Nr. 162.

Für Nordhausen: Der 2. Bev. Aug. Weinrich wohnt jetzt Blasikirchhof 2.

Für Oerlinghausen: Der 1. Bev. Karl Bracht wohnt jetzt Welschenweg.

Für Rellingen: Alle Zuschriften sind an R. Behnke in Pinneberg, Damm 7, zu senden.

Für Schwepnitz: Der Vertrauensmann H. Thater wohnt jetzt bei Karl Schell.

Für Wittenberg: Der 1. Bev. Louis Gollmann wohnt jetzt in Piffertitz b. Wittenberg, Bachstraße 1. — Der 2. Bev. Hermann Scheffler wohnt jetzt Markt 8.

Für Würzburg: Der 1. Bev. Bernhard Arenzen wohnt jetzt Zellerstraße 12.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Düsseldorf: Durch August Lübeck, Vintenenstraße 49. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 1/2 bis 9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

In Friedeberg: Durch H. Voß, Ost-Ulmstraße 19.

In Gohlis: Durch Karl Wagner. An Wochentagen in der Zigarettenfabrik Kaden u. Co.

In Heide i. Holst.: Durch Gust. Römfelt, Harmoniestraße 30. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

In Landsberg a. W.: Nur für Mitglieder, welche hier am Orte Arbeit erhalten.

In Osnabrück: Durch Gerritzen, Kollegienwall 14 (Verkehrslotal). An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends.

In Schwiebus: Durch Otto Fischbach, Breite Straße 39, 2. Eingang, Mitte.

In Wittenberg a. E.: Durch Louis Gollmann, Töpferstraße 1 (Restaurant Einigkeit). An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Düsseldorf: Durch Gerh. v. Röckel, Gerresheimer Straße 52, III. An Wochentagen von 7 1/2 bis 9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

In Gohlis: Durch Karl Wagner, Coffeehaube, Dresdner Straße 24, II. An Sonnabenden von 5 bis 6 Uhr abends.

In Schwiebus: Durch Otto Klämbt, Salfauer Straße 55. Nur an Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)

In **Pirna**: Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 1/3 Uhr, im Volkshaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Tannenberg**: Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Arbeiterhalle zu Geyer. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Bernburg**: Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Geleisenverkehr, Steinstraße 2/4. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Vortrag des Arbeitersekretärs J. Seel resp. Rückblick derselben auf das 25-jährige Bestehen unserer Zahlstelle. 4. Kartellbericht. 5. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend nötig.
J. A.: Die Ortsverwaltung.

In **Waldheim**: Montag, den 20. Januar, abends 1/9 Uhr, im Schweizeral. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal

2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Gera**: Sonnabend, den 25. Januar, in der Löwenburg. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Der wichtigen Tagesordnung halber darf keiner fehlen.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Bielefeld**: Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Blome, Weberstraße 5. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Ortsverwaltung und Kartellbelegierten. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Hildenhausen**: Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Ehlers. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes und der Kontrolleure. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Holzhausen**: Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Dornie, Hundertmark. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten. 3. Abhaltung eines Verbandsvergütens. — Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Löwenburg**: Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Brodmann in Thal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Werther i. W.**: Die monatliche Versammlung findet an jedem dritten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, bei Brünig statt.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsfokal: **Hamburg-Blumenhof**, Mozarstraße 5, I. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Neues 100.— Mk., Ebingen 100.— Mk., Neulübbeim 200.— Mk., Reilingen 300.— Mk.
 Sterbekasse: Braunschweig 11.95 Mk., Seidingsfeld 10.35 Mk., Neulübbeim 72.15 Mk.
 Zuschüsse: Reiz 100.— Mk., Leipzig 50.— Mk.
 Krankengeld: 28.— Mk.
 Hamburg, den 13. Januar 1908. **R. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband Zahlstelle Breslau.

Für die diesige Verwaltungsstelle wird ab 1. März ein festbeholdeter

Kassierer

gesucht. Derselbe muß in schriftlichen Arbeiten bewandert sein sowie auch Befähigung zu agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit besitzen.

Das Gehalt beträgt 1800 Mark.

Bewerber wollen über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung in ihrem Bewerbungsschreiben Angaben machen und dieses bis spätestens den 26. Januar 1908 an Unterschneten einreichen.

J. A.: Paul Knichale, Breslau VI
 Kurze Gasse 67, II.

Geräte für die Fabrikation

als:
 Widelformen, Formenpressen
 Ritzpressen
 Arbeitsstische, Schmel, Sortier-
 listen, Sitzkästen für Widelmacher
 Bündelpressen etc.

Rollbretter, Ia.-Ware.
 rotbuchen 1.50 Mk., weißbuchen 2. Mk.
 unverwundlich!

**Echt amerik. Kopfholz-
 Bretter** mit Eisenbolzen
 — Unerreicht in Haltbarkeit! —
 per Stück 5.50 Mk., 10 Stück 53 Mk.
Arbeitsmesser, prima Stahl
 per Stück 25 Mk., 10 Stück 2 Mk.
Hamburg-Arbeitsmesser
 zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 Mk.
 zu 3 Mille 55 Mk.
 P. S. Sämtliche Geräte sind nur
 aus bestem Material hergestellt,
 worauf ich ganz besonders auf-
 merksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin
 Magazinstrasse 14.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche, deren inniger Zusammenhang, Verhütung und radikale Heilung von Spezialarzt Dr. med. Rumler. Preisgekröntes, nach neuen Gesichtspunkten bearbeitetes Werk. Wirklich brauchbarer, äusserst lehrreicher Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften und Exzesse und allen sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches nach fachmännischen Urteilen von geradezu unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen! Für 1.60 Mk. Briefmarken franko zu beziehen von Dr. med. Rumler, Genf 882 (Schweiz).

Nur solange der Vorrat reicht! Nach beendeter Inventur

ca. 800 Pfund Sumatra,	Reisemuster	Mk. 2.25	verzollt
ca. 250 Pfund Mexiko,	Reisemuster	Mk. 2.25	verzollt
ca. 400 Pfund Java,	Reisemuster	Mk. 1.00	verzollt
ca. 300 Pfund Carmen,	Reisemuster	Mk. 0.90	verzollt
ca. 200 Pfund Brasil,	Reisemuster	Mk. 0.90	verzollt

wird nur in 9 Pfund-Paketen abgegeben, gegen Nachnahme mit 3 Proz. Skonto, und zwar nicht sortiert, sondern nur von jeder Gattung 9 Pfund.

L. Cohn & Co.

Brunnenstrasse 24 Berlin N. Brunnenstrasse 24
 Deutschlands grösstes Fabrik- und Handelsgeschäft der Roh-Tabak-
 und Utensilien-Branche.

Achtung! Zigarrenfabrikation!

Zur Anfertigung von 1000 Zigarren empfehlen wir folgende Tabake:
 2 Pfund Sumatra, zweite Länge Vollblatt
 Mittelfarben per Pfund Mk. 2.40 = 4.80
 4 Pfund Vorstenland-Umblatt per Pfund Mk. 1.20 = 4.80
 3 Pfund Domingo-Aufleger per Pfund Mk. 1.00 = 3.00
 2 Pfund Java-Einlage per Pfund Mk. 0.95 = 1.90
 4 Pfund Geschnittene Einlage
 Java und Brasil per Pfund Mk. 1.00 = 4.00
 15 Pfund Mk. 18.50

Hengfoss & Maak, Altona-Ottensen

Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 190.

Java-Umblatt und Einlage

in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige Sumatra-Decker, Carmen- und Domingo-Umblatt, wie bestes, loses Gut, aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 4.
 Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verkehrtrollen, 150 Mk. Vorstenland, hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. Sumatra-Tabake von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. Nur streng reelle Bedienung.

Achtung!

In einer ganz wichtigen Angelegenheit ersuche ich den Zigarrenmacher **Bernhard Sommer** aus Finsterwalde um seine Adresse. Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich derselbe befindet, bitte ich, seine Adresse an Fräulein **Ida v. d. Gönnä, Finsterwalde**, Hainstraße 1, gelangen zu lassen.

Der Zigarrenmacher **Heinrich Schulz** aus Leßig (Kreis Krossen) wird ersucht, da er in einer wichtigen Angelegenheit als Zeuge vernommen werden soll, seine Adresse an **Paul Beichler**, Zigarrenfabrik, Radeberg i. S., zu senden.

Traugott Bauer

wo bist Du? Um Deine Adresse bittet wegen dringender Angelegenheiten Dein lieber Bruder **Wilhelm**, Reibischwig, Wiehlstraße.

Meinem Freund und Kollegen **Kornelius Liebler** zu seinem am 29. Januar stattfindenden Wiazenfest die herzlichsten Glückwünsche. **Andreas Wickertsheim** zurzeit in Hamburg.

Fritz Schnabel

aus Stolp in Pommern, um Deine Adresse bittet **Karl Messmann**, Neudamm, Auguststraße 5.

Unserem Kollegen **Robert Freitag** und seiner Gemahlin zu ihrer am 15. Januar stattgefundenen **Silber-Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche. Seine Mitarbeiter **d. Zigarrenfabrik Kaden & Co.** Gohlis bei Dresden.

Codes-Anzeigen.

Verzollt.

Am 24. Dezember starb nach langem Leiden unser Kollege **Fritz Kriebel** aus Braunschweig im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Am 8. Januar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser gutes und braves Mitglied **Marie Hofmann** im Alter von 33 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Mitglieder der Zahlstelle Alten-Busef.

Am 11. Januar starb nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied **Frau Minna Müller** aus Braunschweig im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Braunschweig

Sonntag, den 26. Januar
im Hofjäger

25. Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Festrede, lebendem Bild, humorist.
Vorträgen und Ball.

Festrede, gehalten vom Gauleiter Emil Burgold.

Anfang nachmittags 4 Uhr.

Hierzu sind die Kollegen der umliegenden Zahlstellen freund-
lichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Offerieren in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra à 180, 200, 220, 240, 250, 300, 365, 500 Pfg. — Java à 85, 95, 110, 125, 185, 265 Pfg. — Brasil à 120, 125, 130, 170, 200 Pfg. — Carmen à 90, 95, 100, 110 Pfg. — Domingo à 95, 100, 110 Pfg. — Mexiko à 160, 250, 400 Pfg. — Havanna à 275 Pfg. — Losgut à 80, 85 Pfg.

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

H. Edling, Bremen

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit

Sumatra-Decker à 170, 210, 220, 240, 260, 300, 360, 380, 400 Pfg., Umblatt 125 Pfg.
 Java-Decker à 180, 200, 220, 260 Pfg.
 Vorstenland-Decker à 200, 240 Pfg.
 Java-Umblatt à 90, 105, 110, 115, 120, 130, 140 Pfg.
 Java-Einlage à 80, 85, 90, 100 Pfg.
 Brasil-Decker à 140, 150, 155 Pfg., Einlage und Umblatt à 95, 105, 110, 120, 130 Pfg.
 Mexiko-Decker à 220, 250, 280, 300 Pfg.
 Mexiko-Umblatt à 130 Pfg.
 Havanna à 180, 250, 300 Pfg.
 Yara-Cuba à 180, 200, 250 Pfg.
 Seedleaf à 90, 100 Pfg.
 Domingo-Umblatt à 80, 85, 90, 100 Pfg.
 Carmen-Umblatt à 85, 90, 100, 110 Pfg.
 Gemischte Original-Tabake à 80, 85 und 90 Pfg.

Ausnahme-Offerte ca. 90 Ballen Vorstenland-Stückblatt, viel helles Deckblatt enthaltend und tabellos brennend per Pfund 105 Pfg.

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Von neuen Einfäusen empfehle als sehr preiswert:

Sumatra, Umblatt und Einlage, sehr leicht (Sandblatt) 105 Pfg.; reines Umblatt 140 Pfg. — Sumatra-Decker, hell, mittel und dunkel, 140, 150, 160, 170, 200, 230, 250 bis 500 Pfg. — Vorstenland-Decker, dunkelbraun, 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt, III. Länge Vollblatt, brennt als Decker schneeweiß, 130 Pfg. — Java-Decker, dunkel 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt 100, 120, 130 Pfg.; Umblatt und Einlage, sehr zartblättig, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg.; Einlage 85 Pfg. — Mexiko-Decker, dunkel 220 Pfg., graubraun 300 Pfg. — Brasil-Decker 130, 160, 170 Pfg., brennt schneeweiß; Umblatt 110, 120 Pfg. — Havanna 150, 250 Pfg. — Yara-Cuba 200 Pfg. — Domingo 85, 90, 100, 110 Pfg. — Carmen 85, 100, 110 Pfg. — Losgut aus nur überseeischen Original-tabaken, reichlich Umblatt enthaltend, 85 Pfg. — Paraguay 85 und 100 Pfg.

Wickelformen neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Brechbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6.50 Mk.
 Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
 Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg.
 Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 425, 500, 550, 600, fahl, mittel 200, 225, 275, 300, 350, 425, dunkel 200, 275, 300, 350 g.
 Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 g.
 Java 90, 95, 100, 105, 120, 130, 135, 140 g.
 Brasil 105, 115, 125, 130, 135, 150, 200 g.
 Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 g.
 Cuba 150, 350 g. — Havanna 300, 350, 650 g.
 Mexiko-Decke ff. 300, 450 g.
 Pa. Losgut 85 g netto, Paraguay 90 g.
 Inländische Tabake 75, 85 g.
 Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt.
 Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 Mk., mit Rad 19 Mk., ganz Eisen 26 Mk. Presskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 Mk., zu 1000 Zigarren nur 5.75 Mk.
 Rollbretter 175, 200 g, Hirnbolq 300, 350 g.
 Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 Mk.
 Arbeitsmesser 20 u. 30 g, 35 g Hamburger.
 Lack 25 g und 30 g, 8 Stangen.
 Papier, blau, 41 Bogen pro Pfund, 20 g.
 Band 50 Meter von 70 g an.
 Ringe ff. nur 20, 25 g, mit Porträt 45 g.
 Etiketten von 40 g pro 100 Stück an.
 Gummi-Traganth nur 175, 225, 250 g pr. Pfd.
 Amiac 200 und 250 g pro Pfund.
 Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale
 Vertreter: Gustav Boy
 Berlin N., Brunnenstr. 183.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstrasse 185.
 Gegründet 1879.

Geschnittene Einlage

eigene, beste Mischungen
 1.10, 1.25, 1.40 Pfg. verzollt.
 Sumatra Nr. 1375 — 3 Mk. verz.
 ganz hell und reinfarbig, Vollblatt.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen.
 Illustr. Katalog gratis u. franco.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14.

Java-Sumatra-Decken

mit schönen hellbraunen Farben und gutem Brande
 Nr. 5966 à 2.80 pr. Pfd.
 Nr. 5967 à 2.50 verzollt.

Die Frauen und die Teuerung?

Es wächst hierieden Brot genug,
Für alle Menschentinder!

Diese Verse Heines kommen einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man die frivole, schamlose Ausbeutung der Bevölkerung sieht, die von den Lebensmittelhändlern in den letzten Jahren inszeniert wurde und die immer noch kein Ende genommen hat. Fast jede Woche bringt eine Preissteigerung irgendeines notwendigen Massenartikels: einmal wird die Milch, das andermal das Fleisch, dann wieder das Brot teurer. Raum, daß die Reihe aller wichtigen Lebensmittel vor den heutzutage Agrariern Revue passiert hat und in der verbrecherischsten Art ihre übliche Verteuerung erfährt, wird frisch von vorn wieder angefangen.

Die Teuerung, die man von manchen Seiten als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnen wollte, ist in Permanenz erklärt. Ja auf das Gesetz der Gewöhnung bauend, das kein guten deutschen Michel doppelt anwendbar scheint, schießt man sich an, neue Lasten auf die drückgewöhnten Schultern zu laden. Die Grubenbarone benötigen die Zeit und haben die Kohlenpreise derart in die Höhe geschraubt, daß sie die des Jahres der sogenannten Kohlennot übersteigen. Zu alledem schießt sich die Regierung an, für ihre Welt- und Machtpolitik neue Steuern zu fordern.

Am Horizont des Wirtschaftslebens entfalten sich immer drohender die Wolken unsrer famosen Handelspolitik. In greifbarer Nähe rücken die unvermeidlichen Erscheinungen der bevorstehenden Wirtschaftskrise: Verminderung oder Aufhören der Arbeitsgelegenheit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Herabsetzung der Löhne und in ihrem Gefolge Hunger und Not.

Es gibt Leute, die da behaupten, daß die Teuerungsverhältnisse eine Folge der Forderungen der Arbeiter von höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit sind, obwohl nachgerade jedes Kind wissen sollte, daß das Umgekehrte Wahrheit ist. Die Lebensmittel und alle zum Leben notwendigen Bedarfsartikel sind nicht deshalb teurer geworden, weil die Arbeiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gefordert und zum Teil auch errungen haben, sondern die Arbeiter waren gezwungen, mit Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber heranzutreten, weil infolge der Teuerungsverhältnisse der Lohn zur Ernährung einer Familie nicht mehr ausreichte. Der Selbsterhaltungstrieb also zwang die Arbeiter, die höheren Ausgaben, die ihnen infolge des Lebensmittelmehrs für Erhaltung des nackten Lebens erwachsen, durch höhere Löhne auszugleichen. Und wie schwer ihnen das gemacht worden ist, davon legen die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre ein beredtes Zeugnis ab.

Die Phrase, daß die herrschende Teuerung von den hohen Arbeitslöhnen herrühre, ist eine nutzlose Demagogie, um zu verschleiern, daß sie eine Folge untrüger Zollpolitik in Verbindung mit einer maßlosen Spekulation ist, die die Preise künstlich in die Höhe treibt.

An Lebensmitteln und andern Bedarfsartikeln besteht absolut kein Mangel, alles ist in reicher Menge da, selbst der Weltvorrat an Getreide genügt zur Ernährung aller Bewohner der Erde; aber alles, Getreide, Mehl, Brot, Fleisch, Gemüse, Fett, Eier, außerdem Kleidung, Heizung, Wohnung usw., hat eine Clique von Wucherern derart in die Höhe getrieben, daß das bescheidene Lohnneinkommen der großen Massen des arbeitenden Volkes auf keiner Seite langt und die Hunderte kleiner und großer Bedürfnisse des alltäglichen Lebens nur in ungenügendem Maße oder gar nicht befriedigt werden können.

Welch unvernünftiger Gesellschaftszustand! Und worin besteht die Hauptursache davon? In dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, in der Produktion zum Zweck der Profitmacherei; seit nur der reichlichen Befriedigung der Bedürfnisse aller, in der Ausbeutung und ungenügenden Entlohnung der Arbeiter in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, die den weitaus größten Teil des Volkes ausmachen.

In erster Linie sind es die Frauen, die die Folgen dieser verkehrten und ausbeuterischen Wirtschaftspolitik zu spüren bekommen. In gerechten Zeiten war es gerade noch möglich, mit dem knappen Wirtschaftsgeld auszukommen, seit aber die Teuerung eingeleitet hat, ist es namentlich für die Arbeiter- und kleinen Beamtenfrauen ein wirkliches Kunststück, das wöchentliche Budget mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Mit tausend Mitteln und Listen muß versucht werden, jeden Tag das zum Leben Notdürftigste auf den Tisch zu bringen, was aber längst nicht mehr gelingen will. Trotzdem jeder Pfennig zehnmal umgewendet und überlegt wird, wie er am besten verwertet werden kann, stehen viele Hausfrauen ratlos und verzweifelt da, denn es will und will nicht reichen. Trotzdem sich das Einkommen des Mannes etwas gesteigert, reicht das zur Verfügung stehende Wirtschaftsgeld nicht mehr halb so weit als früher.

Das muß aber die Frau zum Nachdenken bringen. Wie manche steht immer noch der Organisation untreulich oder gleichgültig gegenüber, obwohl diese ein treuer Hort ist, der die erzielten Errungenschaften und Rechte sichert und wahrt. Diese Gleichgültigkeit muß aufhören. Die Frauen müssen einsehen lernen, daß das Ringen der Männer um Lebensglück und Existenz auch ihre Sache ist, sie müssen Schulter an Schulter mit ihren Männern gegen die ungerechten und faulen Zustände, die existieren, ankämpfen, damit tausend für bessere und vernünftigeren Gesellschaftsordnung und Verhältnisse, die Zustände, wie die jegliche Teuerung, zur Unmöglichkeit machen. Damit arbeiten sie nicht nur für das Wohl ihrer selbst und ihrer Kinder, sondern auch für das Wohl der Allgemeinheit.

Zum Stand der Krise.

Es gibt Industriezweige, die gleichsam wie ein Barometer den Stand der Konjunktur mit ziemlicher Zuverlässigkeit angeben. So die elektrische Industrie, die noch

immer sehr gut beschäftigt ist, was darauf hindeutet, daß die Installationen in den Betrieben zahlreicher Industrien, die sich der elektrischen Kraft bedienen, noch andauern. In der Tat ist der Aufschwung der Elektrotechnik in den letzten Jahren eine der auffallendsten Erscheinungen und mit dem wirtschaftlichen Hochflug derart verknüpft, daß einer ohne den andern gar nicht denkbar ist. Wie sehr aber die elektrotechnische Industrie mit der allgemeinen Konjunktur zusammenhängt, beweist die Statistik der Elektrizitätswerke mit unzweideutigen Zahlen. Während in den Jahren der Depression nur wenige Dutzend neuer Werke in Betrieb gesetzt wurden, beträgt diese Zahl in der Aufschwungsperiode 1897—1900: 108, 152, 136, 140; und in der eben zu Ende gehenden Konjunkturperiode wurden in Betrieb gesetzt bis 1. April 1905: 165; 1906: 147; 1907: 163. Dazu kommen noch zirka 200 Zentralen, von denen Daten nicht vorlagen und 368 Werke, deren Bau im April 1907 erst begann. Gegenwärtig dürften also in Deutschland an die 1900 Elektrizitätswerke in Betrieb sein.

Ein zweiter Beleg, an dem der Stand der Industrie gemessen werden kann, ist die Kohlenförderung und der Kohlenverbrauch. Auch sie lassen zur Stunde noch keine scharfe Einlenkung der Kohlenkonjunkturkurve erkennen. Vor allem aber darf der Eisenerz als ein ziemlich verlässlicher Maßstab gelten. Denn Eisen ist gleichsam das Rückgrat der Industrie, wächst sein Verbrauch, dann ist dies ein Beweis für die fortschreitende Industrialisierung, für die gesteigerte Nachfrage von Maschinen und Werkzeugen, für die Ausgestaltung der Betriebe.

Nun liegt eine in dieser Beziehung wichtige Publikation vor: der November-Bericht des Stahlwerksverbandes. Und der konstatiert zum erstenmal eine Abschwächung des Eisenerzes! Eine solche Rundgebung darf der Proletarier und kleine Mann nicht unbeachtet lassen. Denn sie bezeugt, daß nicht bloß auf dem Eisenerzmarkt ein Rückgang eingetreten, sondern daß in der Industrie überhaupt die Intensität der Beschäftigung abgenommen hat, daß die produktive Tätigkeit nachläßt.

Das Abflauen der Konjunktur, vom mächtigen Stahlwerksverband lange verleugnet, macht sich in der Verlingerung des Absatzes und in der Herabsetzung der Preise geltend. Sogar der Stahlwerksverband kann die Preise nicht mehr halten und muß, nachdem er so lange Zeit die kolossalsten Gewinne eingestrichen, nunmehr seine Preispolitik ändern, muß wieder bescheidener werden! Ja, er forciert heute stärker denn je das Exportgeschäft und betritt Absatzgebiete, die bisher eine unbestrittene Domäne der österreichischen Eisenindustriellen waren (Italien). Und sogar im eignen Lande muß die österreichische Eisenindustrie die Konkurrenz über sich ergehen lassen!

Nach den Mitteilungen des Stahlwerksverbandes blieb der November um 15 877 Tonnen gegen den Oktober zurück, und der Rückgang wäre noch größer, wenn nicht gleichzeitig eine Steigerung des Verbrauches an Oberbaumaterial eingetreten wäre. Das einzugehen, mag dem Stahlwerksverband keine kleine Ueberwindung gekostet haben; denn selbstverständlich kann er die von ihm in die Höhe geschraubten Preise nicht halten. Er rechnet denn auch mit einem weiteren Sinken der Preise — ein deutlicher Beweis, daß es sich nicht bloß um eine momentane, rasch vorübergehende Stockung handelt.

Selbstverständlich wartet der Verband mit der Ausfertigung der neuen Preislisten solange als möglich, wie ja auch die Abnehmer in Erwartung billiger Preise sich mit neuen Aufträgen und Bestellungen möglichst lange Zeit lassen. Wenn aber neue Kapitalinvestitionen unterbleiben, die Betriebserweiterungen verschoben werden, die Lager sich wieder füllen — dann ist es für den Arbeiter wahrhaftig keine Lust zu leben. Denn während der Untertnehmer vom Fettüberschuß der Konjunktur zehrt, ist dem Arbeiter nur die allgemeine Lebensmittelteuerung und Preissteigerung der Bedarfsartikel übrig geblieben.

Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Pfungstadt. Der Streik bei der Firma Wolff mußte leider wegen der großen Anzahl Arbeitswilliger, die sich mit der Zeit eingefunden hatten, mit einem Mißerfolg beendet werden.

Oberottendorf. Die Lohnbewegung in Oberottendorf konnte ohne Arbeitseinstellung mit gutem Erfolg beendet werden.

Im Streik befinden sich die Kollegen in Spenge (5. Gau) bei der Firma Teschmacher u. Co., in Kreistett (9. Gau) bei der Firma Fritz Gründler, in Kreuzburg (11. Gau) bei der Firma Brunz, in Neumarkt bei den Firmen Birke und bei Strauß (14. Gau), bei der Firma Lindemann in Driesen (15. Gau).

Der Bezug nach diesen Orten resp. Betrieben ist streng fernzuhalten.

Auf dem Kongress der ungarischen Gewerkschaften in Budapest wurde am zweiten Tage (6. Januar) mit allen gegen zwei Stimmen die bereits mitgeteilte Resolution über die Kollektivverträge mit folgendem Zusatzantrag der Bauarbeiter angenommen: „Mit Rücksicht darauf, daß die Schließung der Kollektivverträge von großer Wichtigkeit ist, ist vor der Unterfertigung der Kollektivverträge die Zustimmung des Gewerkschaftsrates einzuholen. In der Provinz haben die Verbandsleitungen auf die Schließung der Kollektivverträge die gleiche Ingerenz auszuüben.“

Ueber Streik und Vereinsrecht referierte Genosse Knittelhofer, der folgende Resolution beantragte: „In den auf die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse abzielenden Kämpfen

sind Streik und Boykott unentbehrliche Mittel. Diejenigen, welche diese Mittel unmöglich machen wollen, handeln gegen Fortschritt und Gemeinwohl. In Ungarn erschwert man den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter mit der Beschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts. Während die Unternehmer volle Vereinigungsfreiheit genießen, schwarze Listen herausgeben können und ihre Kollegen straflos terrorisieren dürfen, verfolgt man die für eine bessere Existenz kämpfenden Arbeiter und löst ihre Vereine unbegründeterweise auf. Das Vereinigungsrecht in Ungarn regeln Ministerialverordnungen in der Weise, daß man mit jeder einzelnen Verordnung dieses Recht lediglich beschränkt und so den rückständig denkenden Behörden Gelegenheit bietet, die Organisationen der Arbeiter zu verfolgen. Demzufolge erklärt der Kongress alle jene Bestrebungen, die auf die Beschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts sowie der Streikfreiheit abzielen, als Attentate gegen Volk und Kultur. Nachdem die von den Ministern des Innern und des Handels erlassenen Verordnungen die behördlichen Organe, Polizeihauptleute und Stuhlrichter gleichsam ermuntern, das Vereinigungs- und Versammlungsrecht mit Füßen zu treten, fordert der Kongress, daß sämtliche bisher erlassenen, gegen Kultur und Freiheit gerichteten, auf das Vereinigungs- und Versammlungsrecht bezüglichen Verordnungen zurückgezogen werden mögen; ferner fordert er ein Gesetz, welches sowohl das Vereinigungs- und Versammlungsrecht wie auch die volle Streikfreiheit sichert. Der Kongress macht es der Arbeiterklasse Ungarns zur Pflicht, den fürs Vereinigungs- und Versammlungsrecht bereits begonnenen Kampf mit gesteigerter Kraft so lange fortzusetzen, bis sie die volle Vereinigungs- und Versammlungsrecht erkämpft hat.“

Genosse Garai, der Vertreter der Eisenbahner, stellt folgenden Zusatzantrag: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Ungarns wurde mit der Beschränkung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts erschwert. Ja, die Eisenbahner wurden ihres Vereinigungs- und Versammlungsrechts durch Ministerialerlasse, die die Kraft eines Gesetzes in sich bergen, direkt beraubt.“ Er führte aus, daß die Maßregeln gegen die Eisenbahner ein Attentat gegen die Gesamtarbeiterchaft sind, denn die Dienstpragmatik berge das erste Streikgesetz in Ungarn. Das müsse in der Resolution besonders festgenagelt werden, und der Kongress müsse ausprechen, daß sich alle Gewerkschaften mit den Eisenbahnern solidarisch erklären. (Lebhafte Beifall.)

Der Kongress nahm auch den Zusatzantrag des Genossen Garai an.

An die organisierte Arbeiterchaft. Durch den Parteitag in Offen sind den Arbeiterorganisationen Aufgaben mannigfacher Art gestellt worden zur Abwendung der Alkoholgefahr: Beseitigung des Trinkzwangs und Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr und die zum Alkoholgenuß führenden Trinksitte. Jede Organisation wird gewiß bestrebt sein, jetzt diesen letzteren, neuen Aufgaben gerecht zu werden. Mit Rat und Tat zu helfen wird eine Hauptaufgabe unseres Bundes bleiben. Wir bieten den Organisationen eine reichhaltige Literatur über die Alkoholfrage zum Vertrieb an die Mitglieder wie zur Einfügung in die Bibliotheken. Für letzteren Zweck haben wir Kollektionen zusammengestellt, die den verschiedenen Bedürfnissen entsprechen. Prospekte und Aufkunst hierüber gibt unsre Buchhandlung, F. Michaelis, Berlin O. 17, Range Straße 11. Zum Massenvertrieb empfehlen wir unsre Flugblätter.

Um die Aufklärung und Belehrung über die Alkoholschäden durch das Wort zu ermöglichen, erbieten wir uns zur Vermittlung von Referenten; wir ersuchen, hieron besonders bei gelegentlich von uns veranstalteten Vortragstouren Gebrauch zu machen. Auskunft hierüber gibt der Unterzeichnete.

Ferner bitten wir die Organisationen, darauf hinzuwirken, daß organisierte Arbeiter, welche abstinent leben, sich nicht gegen neutralen oder andern bürgerlichen Abstinenten-Organisationen anschließen, Vereinen, welche in vielen Fällen von Leuten geleitet werden, die in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unsre schärfsten Gegner sind. Die politische Farblosigkeit dieser Vereine ist von der gleichen Art wie die der sogen. parteilosen Zeitungen: sie wirkt verfläuchend auf das Massenbewußtsein der Arbeiterchaft. Der Arbeiterabstinenten-Bund dagegen steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung; sein Zweck ist durch Bekämpfung des Alkoholgenusses und der Trinksitte innerhalb der Arbeiterchaft den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu fördern. Diesen Kampf in unsern Reihen mitzuführen, fordern wir alle abstinenten Parteigenossen und Gewerkschaftler auf. Deutscher Arbeiterabstinenten-Bund.

August Neumann, Hamburg 26, Döhnerstraße 7.
Otto Berg, Berlin N. 4, Pflugstraße 15.

Ein Wort an alle Tabakarbeiter Deutschlands.

Kollegen und Kolleginnen! In ernsten Zeiten befinden wir uns. Den ziemlich stottern Geschäftsgang, den wir augenblicklich haben, folgen allem Anschein nach Zeiten eines gänzlich geschäftlichen Niedergangs, ja sogar große Arbeitslosigkeit. Die neuen Steuerpläne sollen nicht nur neue Lasten den schwachen Schultern aufbürden, sondern die Regierung besteht zunächst auf indirekte Steuern, sowie der Zigarren- und Zigarettensteuer einerseits, dem Branntweinmonopol andererseits. In diesen Erwägungen mühten eine große Anzahl Kollegen fern von den Seinen, von Weib und Kind, fern von den Fabriken, die Landstraßen bevölkern, um nach anderer Arbeit zu suchen, ihren Lebensunterhalt zu fristen. Wenn überhaupt möglich, andre Arbeit zu finden, denn die große Mehrzahl unsrer Kollegen ist überhaupt nicht imstande, andre Arbeit zu verrichten, weil dieselben zu schwach und ausgemergelt sind. Kollegen! Die Einschränkung in bezug auf die zur Erhaltung des Leibes und Lebens notwendige Nahrung bedeutet aber auch Schwächung der Gesundheit. Mangelhafte Nahrung vermag nicht die Kräfte, die bei langer Arbeitszeit verbraucht werden, zu ersetzen, auch nicht den Körper so widerstandsfähig zu erhalten, daß derselbe allen Strapagen des Lebens gewachsen ist. Die Leistungsfähigkeit schwindet mit den verringerten Körperkräften, während der Stoff der Krankheit immer mehr um sich greift, Krankheit, Siechtum und früher Tod sind die natürlichen Folgen schlechter Nahrung. Wo wir blasse, abgemergelte Gestalten in untrer Mitte mühselig dahin schleichen sehen, lernen wir in ihnen Opfer des ständigen Mangels, Opfer der Ausbeutung erkennen. Ihre Kräfte sind dahin und sehen wir alle diesen kommenden Tag der Arbeitslosigkeit entgegen, aber auch diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche in Arbeit bleiben, müssen sich unbedingt einem großen Lohn hingeben, welcher nicht einmal ausreicht, die notwendigen Bedürfnisse zu befriedigen. Denn die Not und das Elend würde sie vollends aufraffen und kein Vater Staat nehme sich ihrer an. Ihr würdet den Ernst der heutigen Zeit begreifen, wer ihn überhaupt noch nicht begreifen konnte, es gibt sehr viele Tabakarbeiter, welche die kommenden Tage so recht phlegmatisch ansehen, als könnte ihnen nichts passieren. Soll das immer so bleiben? Es soll und muß anders werden. Auch ihr müßt die Hand bieten, auch ihr müßt

teilnehmen an den großen ergreifenden Kampf um bessere und menschenwürdiger Zustände in unserer Branche. Sehet unsre Gegner, die Fabrikanten, in ihrem Arbeitgeberverband schließen sie sich zusammen, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten, nicht nur auf dem Gebiet des Handels und der bezüglichen Politik, sondern auch in bezug auf Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Täglich können wir an unsern Arbeitgebern sehen, daß sie die Macht der Einigkeit begriffen haben und auszunutzen verstehen. Schon ist eine neue Phase in der Entwicklung der Streikversicherung der deutschen Arbeitgeber in Aussicht, die bereits auf der Eisenacher Arbeitsnachweis-Konferenz sächsischer Industrieller angekündigt die Gründung einer allgemeinen deutschen Streikversicherungs-Gesellschaft, die alle Industriezweige umfaßt. Damit dürfte das Werk nach außen hin zunächst einen gewissen Abschluß erfahren, während seiner inneren Ausgestaltung noch weite Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen. Auch wir können eine Macht bilden, wenn wir nur einig sind. Auch wir können gemeinsam den Zumutungen der Arbeitgeber entgegenreten und die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verhindern. Vereinigt sind wir machtlos, der einzelne vermag nichts gegen das Unternehmertum, vermag nichts gegen den einzelnen Unternehmer. Vereinigt mit seinen Kollegen erhält er eine Widerstandskraft, einen Rückhalt, der ihn befähigt, dem Unternehmer entgegenzutreten und zu verlangen, was ihm gebührt. Der einzelne Arbeiter ist machtlos in dem Kampfe, denn nur allein durch die Organisation wird er gestärkt und findet die nötige Unterstützung. Ein jeder Tabakarbeiter und jede Arbeiterin muß es für sein eigenes Ehrgefühl betrachten, sich dem Deutschen Tabakarbeiterverband anzuschließen, jeder muß sich organisieren, wenn er zum Ziele gelangen will. Heraus mit dem alten Schlummergeist, hinein mit lebendiger Seele. Kollegen, die ihr dem Verband noch fernsteht, klärt euch auf über die Leistungen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und nehmt Einsicht, was den Mitgliedern geboten wird, denn die Leistungen sind sehr groß, die Kämpfe hart. Ist es euch mit den Verbesserungen eurer Arbeitsverhältnisse ernst, so bleibet euch nur die eine Wahl, der Beitritt zum Deutschen Tabakarbeiterverband.

Kollegen und Kolleginnen! Wo es gilt, eure Lage zu verbessern und euren Kindern eine bessere Zukunft zu verschaffen, darf euch kein Opfer zu hoch sein. Seid brüderlich und kämpft, wenn es gilt, Schulter an Schulter, denn auf diesem Wege gibt es bloß Sieg.

Seeßen a. S.

M. Stade.

Der Fleisch-Hunger.

Ein Nebel wird von einem noch schwereren Nebel in den Hintergrund gedrängt. Daher sind die Klagen über hohe Fleischpreise schwächer geworden, seitdem die Getreide-, Mehl- und Brotpreise ungewöhnlich in die Höhe schneitten. Auch sind die Fleischpreise in letzter Zeit da und dort ein wenig zurückgegangen, sie behaupten sich aber noch immer in abnormer, den Massen unerträglich hoher Höhe. Wie gewöhnlich hält die Abwärtsbewegung der Lebensmittel nie gleichen Schritt mit der Aufwärtsbewegung. Dazu kommt, daß die Brotteuerung indirekt auch auf den Fleischkonsum drückt. Was für Brot mehr aufgewendet werden muß, wird der Fleischmahlung entzogen.

Von aktuellstem Interesse — auch für Deutschland, wenn auch unmittelbar auf Oesterreich gemünzt — ist darum eine Abhandlung über Die Lebensmittelteuerung und das steigende Eiweißdefizit in der Volksernährung, die vor wenigen Tagen ein hervorragender Hygieniker, der Landes-sanitätsreferent in Triest, Statthalterrat Dr. C. v. Celobrint, in der Wiener Neuen Freien Presse veröffentlicht hat und deren Pointe ein warnendes Caveant consules! (Die Staatsleiter sollten sich bedenken!) „Wenn der Fleischkonsum zurückgeht, so ist das ein bedenkliches Zeichen. Das Sinken des Fleischkonsums sollte die Lenker des Staatsschiffs ebenso warnen, wie das Fallen des Luftdrucks den Seemann, denn es ist ein untrügliches Zeichen der Verelendung der Massen.“

Die näheren Ausführungen des Autors widerlegen gründlich die landläufige leichtfertige Beschwichtigung, daß Fleischgenuß kein unentbehrliches Nahrungsmittel für die industriearbeitende Bevölkerung wäre.

Von den drei hemischen Hauptgruppen, welche unsere Nahrungsmittel enthalten und wovon zur Leistung der Lebensfunktionen ein gewisses Quantum erforderlich ist, um jene Energiemengen zu schaffen, die bei jeder Muskelarbeit und jeder geistigen Anstrengung verbraucht werden: Eiweiß, Kohlehydrate und Fette — ein Fundamentalgemeinschaft der Physiologie menschlichen Lebenshaushalts — ist das Eiweiß das wichtigste.

Nun haben alle seit den hochbedeutenden Versuchen von Pettenkofer und Voit fortgesetzten wissenschaftlichen Arbeiten unabweislich bewiesen, daß, wenn dem Körper nicht ein seinem Volumen und seiner Arbeitsleistung entsprechendes („adäquates“) tägliches Eiweißquantum zugeführt wird, eine Stoffverzehrerung bzw. Erschlaffung des Organismus eintritt und somit die Basis für alle möglichen Infektionskrankheiten, besonders die Tuberkulose, geschaffen wird!

Im Durchschnitt seien pro Tag 100 bis 120 Gramm Eiweiß notwendig. Obwohl nun wohl in allen Lebensmitteln Eiweiß enthalten sei, so doch in sehr verschiedener Menge, in so geringer zumeist, daß der Verdauungsapparat die Masse der übrigen Bestandteile nicht verarbeiten könnte. Zum Beispiel die Kartoffel enthält bloß ca. 1,2 Prozent Eiweiß. Wir müßten demnach zehn Kilogramm genießen, um den Tagesbedarf zu decken.

Dagegen enthält die animalische (tierische) Nahrung, also Fleisch, reichlichen Gehalt an Eiweiß. Wozu noch kommt, daß das animalische Eiweiß am besten und leichtesten verdaut wird (da nicht jedes Eiweiß gleich leicht und rasch assimiliert, d. h. der Körpersubstanz einverleibt wird).

Man weiß so gern auf die bauerliche Bevölkerung hin, bei welcher der Fleischkonsum im allgemeinen ein spärlicher sei. Geringer betont Celobrint, daß der Bauer, weil er in freier Luft arbeitet und überdies reichliche Muskelarbeit leistet, allerdings auch das vegetabilische (pflanzliche) Eiweiß gut ausnützt und die mit demselben in großer Menge verbundenen Kohlehydrate tüchtig verdaut. Nicht so der geistige Arbeiter und der städtische Industriearbeiter. „Es ist nicht der zunehmende Wohlstand oder die Erziehung des Bauern (d. h. Leckerei), sondern der instinktive Eiweißhunger, der die Massen nach animalischer Eiweißnahrung verlangen läßt!“

Zur Deckung des animalischen Eiweißbedarfs kommt aber hauptsächlich das Fleisch unserer Schlachttiere in Betracht. Wild, Geflügel, auch die besseren Fische sind für die Massen noch unerträglich, während die billigeren Seefische dem Volksgeschmack vielfach nicht zusagen. Auch seien Fische wegen ihres höheren Wassergehalts von minderm Nährwert. Die Meeresprodukte aber zeigen die

gleiche steigende Tendenz wie das Fleisch. Milch hat vielfach bereits einen Preis erreicht, welcher die Deckung des Eiweißbedarfs durch sie nicht mehr rationell erscheinen läßt.

Der Autor polemisiert sodann scharf gegen die agrarischen Erzhörungen der Vieh- und Fleischeinfuhr vom Ausland, die sich hinter Ausflüchten mit veterinären Rücksichten verstecken. Mit Grenzschlachthäusern könnte jede Gefährdung des heimischen Viehstands (Verseuchung), oder des konsumierenden Publikums verhütet werden. Allerdings seien sowohl Grenzschlachthäuser, als auch die Einfuhr gefrorenen überseeischen Fleisches entsprechende Kühlwaggons für den Transport und Kühlhallen in den Schlachthäusern und Markthallen voraus. Solche Kühlhallen enthalten bereits alle großen modernen überseeischen Dampfer. Von dem Fleisch, das die Dampfer der Cunardlinie aus Amerika nach Triest bringen, konstatiert der Autor aus eigener Erfahrung, daß es vorzüglich schmeckt.

Die Landwirtschaft sei allerdings nicht auf Rosen gebettet, aber ihr dürfe nicht mit massenschädigenden Maßnahmen beigeprungen werden.

Die Volksernährung, schließt der Autor, arbeitet bereits mit einem gefährlichen Eiweißdefizit, und es erscheint wie eine Sisyphusarbeit, wenn auf der einen Seite staatlicherseits ein ernster Feldzug gegen die Volksfeinden durchgeführt wird und auf der andern für dieselben die Basis geschaffen wird!

Etwas über das Wohleben der Tabakarbeiter der drei süddeutschen Gaue.

Es gibt wohl selten ein Land, wo die Natur nicht mit ihren Gaben geizig hat, wie in Süddeutschland. Herrliche Gebirgsketten ziehen sich fort, prächtige Seen zu ihren Füßen oder, eingeschlossen von Bergen, stolze Flüsse das Gelände durchziehen; erholungsbewirkende Wälder schließen sich dem Ganzen an. Zufriedenheit atmet die Natur. Von Bergen herunter grüßen unten malerische Dörfer und Städte. Niemand ahnt, daß in Dörfern und Städtchen große Armut haucht und daß abertausende Frauen und Kinder schwer ausgebeutet werden.

Niemand hat ein Auge für die Armut einzelner Berufsgruppen. Diese beiden Berufsgruppen heißen Tabak- und Textildustrie. Innerhalb dieser beiden Industrien werden Hungerlöhne für schwere Arbeit bezahlt. Beide Berufe teilen sich in Fabrik- und Heimarbeit; in vielen Dörfern sind Fabrikarbeiter zugleich Heimarbeiter; Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nehmen oft 100 bis 300 Wiertel mit nach Hause, um sie dort einzurollen. Die große Masse empfindet wohl die Ausbeutung, aber sie kennen kein Mittel der Befreiung von diesem Uebel. Die christlichen Verbände, denen sie sich zum Teil angeschlossen hatten, haben ihnen keine Hilfe gebracht, sondern haben mit verschuldet, daß heute für die gesamte Tabakbranche Löhne bezahlt werden, die jeder Beschreibung spotten. Das bestätigt ein Blick in das umfangreiche Buch des Herrn Gewerbeinspektor Dr. Wittmann-Mannheim. 493 Mk. — so lauten die nackten Zahlen, sind Durchschnittslöhne. Wohl ist dafür gesorgt, daß fast in allen Fabrikkälen Heiligenbilder aufgehängt sind, und mit Vorliebe hören ab und deren Beamten das Singen heiliger Lieder. Und mit ebenjo großer Vorliebe sehen sie, daß der Herr Pfarrer einmal nachsieht, ob alles beim rechten ist und daß ja kein Sozialdemokrat sich eingeschlichen hat. Und wird einer auch nur anscheinend entdeckt, so weist das ganze Dorf mit Fingern auf ihn.

Dabei hat der Reichtum süddeutscher Zigarrenfabrikanten in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen. Der größte Teil der Fabrikanten hat neben der Hauptfabrik 3 bis 12 Filialen. Aber so viel Filialen, so verschiedenartig sind auch die Löhne. Auf der einen Fabrik oder Filiale wird für das Mille 6 Mk. bis 7.50 Mk. bezahlt, für die gleiche Sorte aber auf der andern 4.50 Mk. bis 7 Mk. oder 5.50 Mk. bis 7 Mk. Es ist oft bekannt geworden, daß der Verkaufspreis der einzelnen Sorten Zigarren der gleiche war.

Eine ganz eigenartige Methode trat in einer Versammlung in Baden-Baden zutage. Bei der Firma Nashari bekommen ausländische Zigarettenarbeiter pro Mille bis zu 2 Mk. mehr als deutsche, resp. Badener Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die hygienischen und sanitären Vorschriften für das Wohl der Arbeiter lassen sehr viel zu wünschen übrig. 28 Arbeiterinnen nahmen das Mittagssmahl stehend, das Gesicht der Wand zugekehrt, ein. Gibt es keine Luftentlastung und Speisefässer? Das ist doch gesetzliche Vorschrift!

In Straßburg, Kaiserliche Manufaktur, wurde besonders geklagt seitens der Arbeiterinnen über das Verhalten der Meister. Die Klagen werden weder gehört noch wird Abhilfe geschaffen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß das ganze Tagewerk herausgeworfen wurde, so daß betroffene Arbeiterinnen umsonst gearbeitet hatten. Wenn sie etwa noch wagen, ein Wort dazu zu sagen, so bekommen sie noch 2 bis 3 Tage Strafe. Klagen über schlechtes Material werden mit: „Sie können ja sehen“ — beantwortet. Ueber die hohen Löhne der Kaiserlichen Manufaktur liegen nun folgende Mitteilungen vor:

Es werden von vier Wickelmacherinnen verdient:

Für 32 kg in 12 Tagen (das Kilogramm zu 75 Pfg.)	= 24.— Mk.
" 26 " 11 " " " " " " " " " "	= 19.50 "
" 29 " 12 " " " " " " " " " "	= 21.75 "
" 31 " 12 " " " " " " " " " "	= 23.25 "

Kollerinnen verdienen:

Für 29 kg in 12 Tagen (das Kilogramm zu 95 Pfg.)	= 27.55 Mk.
" 24 " 11 " " " " " " " " " "	= 22.80 "
" 31 " 12 " " " " " " " " " "	= 29.45 "
" 26 " 12 " " " " " " " " " "	= 24.70 "
" 23 " 11 " " " " " " " " " "	= 21.85 "

Sicherlich beweisen diese Löhne nicht, daß die Kaiserliche Manufaktur zu Straßburg eine Musterfabrik ist. In Kaiserslautern und Speier wird seitens der Fabrikanten alles in Bewegung gesetzt, die Organisation auszurollen. Dafür gibt es überfüllte Arbeitsräume, schlechte Löhne, schlechte Ventilation in den Sälen. Kommerzienrat Wellensiefel wird zufrieden sein mit dem Resultat unsrer Versammlung, obgleich er gegen sie wirkte. Nämlich das Kartell wird feststellen lassen, wie viel Frauen und Töchter der organisierten Arbeiter anderer Berufe dort arbeiten; diese sollen verpflichtet werden, sich dem Tabakarbeiterverband anzuschließen. Für Speier kommen von 800 Tabakarbeitern weit über 700 weibliche in Frage. Das

selbe vollzieht sich auch in nächster Zeit in Schwetzingen, Pirmheim, Offenburg, Karlsruhe und Straßburg.

Vor allen Dingen muß es sich die Arbeiterchaft zum Grundgesetz machen, der Geistlichkeit beider Konfessionen zu sagen, sich nicht um ihre wirtschaftlichen Vereinigungen zu kümmern.

Überall in Süddeutschland waren die Versammlungen gut, zum Teil sehr gut besucht. Wenn man sagt, süddeutsche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen sind noch nicht für die Organisation geschult genug, so ist das grundfalsch. Die gesamte Bevölkerung Süddeutschlands lebt, auch in den entlegensten Dörfern, der Organisation nicht feindlich, sondern nur mißtraulich gegenüber, und das muß beseitigt werden.

Und darum: vorwärts!

Marie Wackwitz.

Wie die Früchte der Blockpolitik den Frauen in den Schoß fallen.

Nach dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes, das ein Polizeigewehr schlimmster Art ist, kommt die Novelle zur Gewerbeordnung, die den Zehnstundentag für gewerbliche Arbeiterinnen festlegen soll, für — das Jahr 1910! Das sind nette „Früchte der Blockpolitik, die da den Frauen in den Schoß fallen!“

Was man den deutschen Arbeiterinnen gnädigst für das Jahr 1910 gewähren will, ist in dem industriell entwickeltesten Lande Europas, in England, seit circa 60 Jahren Gesetz, und ist in dem Lande, welches am spätesten der kapitalistischen Produktionsweise erschlossen ward, in Rußland, durch den heldenhaften, opfermütigen Kampf unsrer russischen Schwestern und Brüder nicht nur erreicht, sondern seit dem Revolutionsjahre überholt.

Im Moskauer Gouvernement arbeiteten 1905 allerdings noch 53 Prozent Fabrikarbeiter 11½ Stunden (das ist der gesetzliche Maximalarbeitszeit in Rußland) und ungefähr 80 Prozent 8—10 Stunden täglich. In der zweiten Hälfte des Jahres 1906 waren es jedoch keine 12 Prozent, die 11½ Stunden schafften, circa 14 Prozent arbeiteten 10½ Stunden, mehr als 83 Prozent jedoch nur 10 Stunden und circa 38 Prozent neun Stunden.* In der Kaplshainindustrie in Waku ist der Neunstundentag, für die hier beschäftigten Pumpen-Erdbärbeiter, Geizer und andre jedoch der Achtstundentag eingeführt. In den Zuckerraffinerien sind Achtstundenschichten gleichfalls festgesetzt.

Und in Deutschland? Da forderte namens der Sozialdemokraten der Antrag v. Schweiber im Norddeutschen Reichstag im Jahre 1867 bereits für alle Arbeiter, was jetzt den Arbeiterinnen gewährt werden soll. Seitdem ist im Parlament sowie draußen in den Massen, vor allem am 1. Mai, in viel weitergehendem Maße die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit gefordert und im wirtschaftlichen Kampfe verkürzte Arbeitszeit erzwungen worden.

Zum Jahre 1902 arbeiteten bereits 53,3 Prozent aller gewerblichen Arbeiterinnen zehn Stunden, gegenwärtig mindestens zwei Drittel, und nicht wenige haben bereits den Neunstundentag erkämpft. Für das Gros aller gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Zehnstundentag zu einer feststehenden Einrichtung geworden, von manchen sogar schon überholt. Für alle tiefe bedeutet also die gesetzliche Regelung absolut keinen Schritt vorwärts, um so weniger, weil die Novelle noch eine Reihe von Ausnahmen vorsieht. Wie bisher beim Elftundentag, so später auch beim Zehnstundentag, kann sich das Unternehmertum an untere und obere Verwaltungsbehörden, an Bundesrat und Reichstagsrat wenden, um Ueberstunden bewilligt zu bekommen. Die Berichte der Fabrikinspektoren aber legen Zeugnis davon ab, wie außerordentlich die mehrwertungstüchtigen Unternehmer diese Möglichkeit zu nutzen verstanden und wie bereitwillig die in Frage kommenden Instanzen ihren Wünschen Rechnung trugen.

Durch solche Ausnahmegestimmungen wird das bisherige Arbeiterinnenlohn jedoch vollständig durchlöchert. Es wird der Maximalarbeitszeit dadurch ebenso durchbrochen, wie das Verbot der Nachtarbeit. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit verliert somit den Hauptwert für die Arbeiterchaft, denn sie bildet nicht die unerrückbare Schranke gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung, nicht den festen Boden, von dem aus der gewerbliche Kampf um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit leichter und erfolgreicher geführt werden kann. Der Maximalarbeitszeit wird dadurch vielmehr eine überaus elastische Grenze gegenüber der Ausbeuterfreiheit.

Selbst für jene Arbeiterinnen, die gegenwärtig in rückständigen Industrien noch elf Stunden täglich arbeiten, bedeutet die Novelle kaum einen Fortschritt, da ihre Bestimmungen erst 1910 in Kraft treten sollen, wo auch für sie voraussichtlich die verkürzte Arbeitszeit bereits durchgeführt sein wird durch die Macht der Gewerkschaften.

Die Regierungsvorlage bläut unsern Arbeiterinnen einmal wieder die Erkenntnis ein, daß Regierungsmassregeln diktiert sind vom Interesse der Herrschenden, und alles das, was für sie selbst erreicht werden soll an dringend notwendigen Reformen, Schritt um Schritt erkämpft werden muß durch die wachsende Macht und Stärke der Arbeiterklasse. Zum Kampf ruft daher die Vorlage alle Arbeiterinnen, zum Kampf gegen solche Arbeiterinnen-schutzhetzelei und für wirklichen Arbeiterinnenschutz. Für einen Schutz, der in der Arbeiterin nicht nur die Trägerin der Arbeitskraft, sondern den denkenden, fühlenden und strebenden Menschen wertet. Der ihr nicht nur eine kurze Sklavenkraft, sondern der ihr Zeit und Kraft sichert, daß sie sich als Persönlichkeit entfalten, als Mutter und Hausfrau ihre Pflicht erfüllen, als Staatsbürgerin und Klassenkämpferin sich betätigen kann. Freilich wissen wir, daß das Proletariat bei dem Kampf um solchen Schutz um so mehr die ganze bürgerliche Sippe gegen sich hat, daß es da einzig seiner Kraft vertrauen darf. Ist doch der Widerstand und Kampf der Scharfmacher um die geringste Verkürzung der Arbeitszeit keineswegs allein diktiert vom Profitinteresse, sondern vor allem auch von der Besorgnis, daß der Aufstieg des Proletariats dadurch wesentlich gefördert wird. Ihr Klasseninstinkt, sowie ihre Erfahrung und klare Erkenntnis sagen ihnen, daß dem klassenbewußten Proletariat jede Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur zu seiner physischen, sondern auch zu seiner geistigen und moralischen Wohlfahrt wird, es launfähiger, kampfmütiger und siegesfähiger gegenüber dem Kapitalismus macht. Diese Tatsache treibt die herrschenden Klassen zu immer reaktionärer Maßnahmen, das Proletariat jedoch erfüllt sie mit hoher Begeisterung und verleiht ihm jene revolutionäre Kraft, die die subjektive Vorbedingung seines endgültigen Sieges ist.

Diese hohe Bewertung eines wirksamen Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes, dessen Grundlage eine stark verkürzte Arbeitszeit ist, wird zu einem Ansporn mehr für die Arbeiterinnen, die Situation zu nutzen, um in den Reihen des organisierten Proletariats einen kräftigen Vorstoß zu machen für der Achtstundentag der Gesamtarbeiterchaft.

* Pashtinow: Lage der arbeitenden Klassen in Rußland.

Literarisches.

In Freien Stunden. Von dieser Wochenschrift, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrgangs vor. Wir bitten unsere Leser, für diese, den Arbeiter und ihren Familien gewidmete Zeitschrift zu agitieren. Probehefte zum Auslegen in den Versammlungen usw. liefert jede Parteibuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Monatsbeilage des Tabak-Arbeiter.

Nr. 1.

Sonntag, den 19. Januar

1908.

Noch ist's ein Traum!

Nach dem Englischen des Shmonds von Dr. W. L. Rosenbergs.

Noch ist's ein Traum, doch wird's geschehn:
Ein edler Geschlecht die Welt wird sehn,
In seiner Seele der Freiheit Hauch,
Das Licht des Wissens in seinem Aug'.

Und kräftig wird es und mutig sein,
Nicht im Vergießen von Blut, nein, nein!
In allem, was schafft der Menschheit Wehr,
In Feuer und Luft, auf Erde und Meer.

Volk wird um Volk und Land um Land
Umshlingen der Freiheit friedlich Band,
In jedem Herzen und Haupt dann kreist
Ein alle Menschen versöhnender Geist.

Und gleich soll die Frau mit dem Manne sein,
Strahlend in Freiheits- und Schönheitschein,
Auf ihrer Stirne, tugendhaft,
Die Krone geheiligter Mutterschaft

Ja, neue Herzen sehn wir erglühn
Und neue Weisen in Liedern blühn.
Jedwedes Leben ein Lied, ein Sang,
Wenn die Erde in Paradieses Geprang.

Noch ist's ein Traum, doch wisse, Kind,
So wird's, wenn die Alten gegangen sind.
Wir sehen sie dämmern, die neue Zeit,
Voll leuchtender, goldener Herrlichkeit!

Technische Probleme.

Seit Bellamy sein Aufsehen erregendes Jahr Zweitausend schrieb, ist auch schon bald wieder ein Menschenalter vergangen. Und wer damals gezweifelt hat, daß die in diesem Schriftchen für die Zukunft in Aussicht gestellten Wunder der praktisch angewandten Naturwissenschaft und Technik sich kaum jemals einstellen würden, muß heute bekennen, daß ein größerer Teil der Voraussagen sich heute in die Tat umgesetzt, ein weiterer Teil sogar durch inzwischen gemachte neuere Erfindungen überholt worden ist. Die Fortschritte in den angewandten Naturwissenschaften sind enorm — auf dem Gebiete der ärztlichen Wissenschaften sei bloß an die Röntgenstrahlen und die O-Strahlen erinnert —; die Fortschritte in der Optik, der maschinellen Technik, der sonstigen Physik lassen sich gar nicht aufzählen. Auch die Aeronautik mit dem Zeppelinischen Luftschiff, den gleichzeitigen französischen Erfolgen auf dem Gebiete der Luftschiffahrt gehören hierher. Man kann sagen, die Erfindungen jagen einander, sie wachsen im Quadrat, und nicht bloß das Automobil, nächst dem Elektromobil die auffälligste, allgemeine Erscheinung auf der Basis der Behikel; auch die Musikinstrumentenindustrie weist auf den ununterbrochenen Entwicklungsgang in Physik und Technik hin. Die drahtlose Telegraphie, die seit dem Burenkriege in die militärische Praxis, und sodann in das bürgerliche Leben einging, gilt heute für etwas Selbstverständliches, und es wird immer offener, daß wir mit unserm Denken geradezu umlernen müssen. Ganze Kategorien (Reihen) von Erfindungen und Entdeckungen nötigen uns dazu, frühere Gedankenreihen, ja ganze Erkenntniskomplexe über Bord zu werfen. Wir können sie nicht anders als rein historisch betrachten, sie gehören der Vergangenheit an, sie sind einmal gewesen. Unsere Kinder handhaben einen Teil der neuen Erfindungen — es sei bloß an das Telephon, an die Kinematographie, an den Umgang mit der Elektrizität im technischen Betriebe erinnert — mit einer Selbstverständlichkeit, als seien dieselben schon von jeher da gewesen, während sie kaum ein Menschenalter alt sind.

So denken daher die modernen Menschen, und das sind zunächst die Jüngstgeborenen, dann erst kommen wir, in völlig neuen Gedankenreihen (Kategorien), sie schauen naturwissenschaftlich und ihr Auge betrachtet jede neue Erscheinung unter dem Gesichtswinkel der Physik und Chemie in ihrer Anwendung auf das praktische Leben, wobei selbstverständlich der „zweckmäßig weise und voraussichtliche“ Gott in ihren Vorstellungen immer weiter in das Hinterstübchen verschwindet. Weiläufig ein Abis an die Orthodoxen, welche über die Ungläubigkeit, den Zweifelsinn der Kinder von heute jammernd die Hände ringen. Die technischen Probleme, nicht Himmel und Hölle, beschäftigen heute die Jugend, die praktischen Resultate angewandter Wissenschaft werden ihr in die Hände gespielt und nehmen unmittelbar mit der Handhabung dieser Erfindungen, und sei es auch nur das Telephon oder der Umgang mit elektrischen Kraftmotoren oder Lampen u. s. f. ihren Vorstellungskreis in ihrem Gehirn ein.

Zwei neuere Resultate der unausgesetzt wirksamen Geistestätigkeit mögen heute besondere Erwähnung finden. Das eine ist das lautsprechende Telephon, das andre die Telegraphie von Bildern. Unter ersterem ist ein Telephon zu verstehen, durch welches sich ein Disponent in großen Räumlichkeiten: Parlamentsgebäuden, Warenhäusern usw. jeder der an irgendeinem Orte des Hauses befindlichen Person verständlich machen kann, ohne daß diese ihren augenblicklichen Aufenthaltsort zu verlassen braucht. Dieses lokale geographische Instrument hat bisher nur im deutschen Reichstagsgebäude Anwendung gefunden. Wir lesen aber bereits:

Das lautsprechende Telephon des Reichstags hat, nachdem es entsprechend umkonstruiert wurde, bereits Eingang in die geschäftliche Praxis gefunden und sich dort äußerst vorteilhaft bewährt. Eine recht umfangreiche Anlage dieser Art befindet sich in der „Bau-Abteilung“ der Aktiengesellschaft Mir u. Genest, Bülowstr. 66. Hier verkehrt der Chef mit dem gesamten Personal nur durch „Lautsprecher“. Es ist ein Vergnügen zu sehen, in welcher kurzer Zeit und mit welcher Beschleunigung auf diese Weise z. B. frühmorgens die umfangreiche Post unter Zuhilfenahme des „lautsprechenden Telephons“ erledigt wird. Jeder Angestellte ist hier stets zur Hand, ohne von seiner augenblicklichen Beschäftigung ablassen zu müssen; es gibt kein Warten mehr, kein unnützes Hin- und Herlaufen in den Korridoren, wichtige Rücksprachen können nie vergessen werden. Der Verkehr spielt sich hier bei weitem ruhiger ab als ehedem; die Zeit wird äußerst ausgenutzt, und es wird intensiver gearbeitet, denn der Chef, dem solche Mittel zur Verfügung stehen, kann jederzeit persönlich kontrollierend eingreifen.

Wir dürfen hier wohl an einen Satz der Physik erinnern, der dahin geht, daß die Erzielung des höchsten Nuteffekts mit möglichst geringem Kraftaufwand eines der ersten Erfordernisse aller Wissenschaft sein müsse. Uebertragen wir diesen Satz auf vorstehende Erfindung, so ist die große Tragweite derselben besonders für Industrie und Handel kaum zu übersehen.

Die sodann erwähnte telegraphische Bildübertragung beruht auf der Umwandlung von Lichtwellen in elektrischen Strom. Der Erfinder derselben ist Professor Korn, der sich mit diesem Problem seit dem Jahre 1902 beschäftigt, jedoch bis in die neuere Zeit an Vervollkommnungen seiner Erfindung gearbeitet hat, bis ihm endlich der große Wurf gelungen ist. Vor zirka 8 Tagen hielt Professor Korn in der Deutschen Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde in Berlin einen Vortrag über die Entwicklung seiner Methode, worüber wir der Presse folgende interessante Ausführungen entnehmen:

Seine Erfindung hat sich aus ihren ersten Anfängen, welche bis in das Jahr 1902 zurückgehen, jetzt so weit entwickelt, daß sie in dem praktischen Nachrichtendienst der Presse nutzbar gemacht werden konnte. Der erste Teil des Vortrags

Behandelte das Verfahren selbst, während in dem zweiten Teil des Vortrags eine größere Anzahl telegraphierter Photographien vorgeführt wurde. Durch Vergleich der älteren und neuerer Bilder konnte man so recht die erzielten Fortschritte erkennen. Diese wurden durch zwei Verbesserungen erreicht, den sogenannten Selenkompensator und das Lichtrelais. Der Selenkompensator beseitigt die Trägheit der Selenzellen, welche im Geberapparat angebracht sind und die verschiedenen Helligkeiten der zu übertragenden Photographie in entsprechende elektrische Ströme umzuwandeln, welche dann über die Fernleitung der Empfangsstation zugeführt werden. Eine Selenzelle der älteren Anordnung, d. h. also ohne Kompensator, hatte noch die störende Eigentümlichkeit, daß sie nicht imstande war, schnell aufeinanderfolgende Lichttönungen ebenso schnell und richtig in entsprechende elektrische Ströme umzuwandeln, so daß dann im Empfängerapparat unscharfe Bilder ankamen, bei denen die einzelnen Tönungen ineinander übergingen; die Bilder sahen streifig und verschommen aus, obwohl die Uebertragungszeit für ein Bild vom Bistformat 42 Minuten betrug. Im Gegensatz hiervon gestattete der neue Selenkompensator in Verbindung mit dem Lichtrelais, auf der Empfangsstation sowohl vollkommen scharfe Bilder herzustellen, als auch die Uebertragungszeit auf zwölf, ja sogar neuerdings auf sechs Minuten herabzusetzen. Nachdem nun mit den so verbesserten Apparaten im Frühjahr 1907 auf der Strecke München—Berlin die ersten praktischen Versuche erfolgreich vorgenommen waren, wurden bereits im Herbst 1907 die Stationen im Geschäftshause des Berliner Lokal-Anzeigers, welcher das Monopol der Kornschen Erfindung für Deutschland erworben hatte, sowie in Paris und London in Betrieb gesetzt. Am 28. Oktober traf das erste Bild aus Berlin in Paris ein und umgekehrt; am 8. November das erste Bild aus Paris in London. Gerade das ausgezeichnete Gelingen dieses letzten Bildes war von größtem Interesse, da es das erste Bild war, welches auf telegraphischem Wege durch ein unterseeisches Kabel übermittelt wurde. Es war das Porträt des Königs Eduard von England. Dasselbe wurde von Herrn Professor Korn füglich auch im Lichtbilde vorgeführt. Zum Schluß ging der Vortragende noch kurz auf die weitere, zu erwartende Entwicklung der Fernphotographie für Kriminalzwecke und ähnliches ein und teilte endlich mit, daß in nächster Zeit auch Stockholm und Kopenhagen mit Fernphotographie-Stationen ausgerüstet werden, so daß für eine immer allgemeinere Benutzung der Fernphotographie alle Vorbedingungen aufs beste gegeben sind.

Auch hier lassen sich die ungeheuren Vorteile für das öffentliche Leben, nicht bloß für die Presse, gar nicht ausdenken. Da die Telegraphie per Kabel nur eine höchst geringe Zeit in Anspruch nimmt, die zu übertragenden Bilder ebenfalls nur 10—12 Minuten, so sind wir imstande, Ereignisse in San Francisco, Jeddo oder Swakopmund wenige Stunden nach ihrem Vorgange im Wilde einer Zeitung vor uns zu sehen. Unglücksfälle, Stadien einer Schlacht, Parlamentsvorgänge, Straßenkrawalle u. a. m. gelangen innerhalb eines halben oder Vierteltags photographiert vor unser Auge, so daß wir solche gewissermaßen miterleben, obgleich wir viele Tausende von Meilen und durch Gebirge und Meere von dem Schauplatz getrennt sind. Welchen Nutzen die Militärwissenschaft aus dieser Erfindung in bezug auf strategische und dispositionelle Verhältnisse im Kriegsfall ziehen wird, werden wir bald genug erleben; denn es ist einleuchtend, daß das Schicksal von Schlachten durch die Einführung telegraphischer Bilder über den jeweiligen Stand des Schlachtfeldes wesentlich beeinflusst werden muß.

Auch Herr Dernburg wird diese Erfindung Professor Korns segnen. Ermöglicht ihm diese doch, sich während einer längeren Reichstagsitzung über die Kolonien des Reiches einige „Portionen“ Photographie von Südwest- oder Ostafrika zu beziehen, um dem Volkstretreterhause am Berliner Königsplatz ein anschauliches Bild über seine Absichten und die Beschaffenheit der Gegend, für die er den Reichstag zu interessieren gedenkt, zu geben.

Damit sind wir allerdings auf das mehr heitere Thema der photographierten „Dattelfiste“ Dernburgs in der Zukunft eingegangen, in dessen läßt sich auch an dem ernsthaften Hintergrund, den die allgemeine Einführung der telegraphischen Bildübertragung haben muß, nicht vorübergehen. Nachdem auch die farbige Photographie neuerdings so große Fortschritte macht, daß deren allgemeine Einführung kaum noch ein bis zwei Jahre anstehen kann, wird dieses technische Problem der Bildübertragung

zweifellos ganz neue Gedankenreihen auslösen und zu ungeahnten Formen ihrer Anwendung führen. Ob wir in der Reihe der technischen Probleme künftig auch auf bewegliche Photographien aus der Ferne im Sinne der jetzigen Bilder einer lokalen Laterna magika rechnen dürfen, steht freilich dahin. Es würde sich dann darum handeln, die im Sinne der Erfindung Professor Korns für die Telegraphie aufgenommenen festen Bilder in belebte zu verwandeln und diese Lichttönungen in elektrischen Strom umzusetzen. Diese Zukunftsmusik verstehen wir, weil nicht Techniker, nicht, wohl aber sehen wir im Geiste schon den längst von uns signalisierten illustrierten Leitartikel für die Presse kommen, in welchem uns unter Wegfall verlogener Textes der bürgerlichen Zeitungsschreiber die Wahrheit, und natürlich die ganze, volle Wahrheit in photographischer Treue übermittelt wird, falls man nicht etwa — wir sind mißtrauisch — auch die Photographien fälscht. Heureka.

Der Zigarrenmacher Peter Gerhard Köser, ein Märtyrer der deutschen Arbeiterbewegung.

Von G. S.

Ohne Schwertstreich, ohne Blutvergießen hatten die französischen Republikaner im Jahre 1794 das linke Rheinufer besetzt und den fast allmächtigen Einfluß der Geistlichkeit gebrochen, die Herrschaft des Adels beseitigt sowie deren Vorrechte abgeschafft. Damit war die Bahn für die Industrie, die unter Napoleon I. auch noch durch ungemein hohe Prämien für neue Erfindungen ermuntert wurde frei gemacht.

Die Bourgeoisie und die besser situierten Bauernschwammen in Wonne und Entzücken vor dem korsischen Eroberer, der so viele von ihnen durch die Verkleinerung des Kloster- und Kirchengigentums mit einem Schlage zu reichen Leuten gemacht hatte. Zudem konnten sich die Bessersituierten durch Stellung von Erjakmännern vom Militärdienst freikaufen, wovon überreichlich Gebrauch gemacht wurde, so daß fast nur Arbeiter-, Handwerker- und gewöhnliche Bauernsöhne auf den napoleonischen Schlachtfeldern ihr Blut verspritzt haben. Die Gesetze gegen die Koalitionsfreiheit, welche die französische Revolution zwar nicht geschaffen, aber auf Grund alter Verordnungen vom Jahre 1739 erneuert hatte, wurden auch im Rheinland publiziert, wodurch der Ausbeutung der Arbeiter und ihrer Angehörigen in den sich riesig entwickelnden Fabriken keine Schranken gezogen waren. Das wurde, als nach der Vertreibung Napoleons das Rheinland an Preußen geteilt wurde, nicht anders; im Gegenteil, es wurde, wie das in der Natur der Dinge liegt, noch alles viel mehr auf die Spitze getrieben. Namentlich in Aachen, Düren, Biersen, M.-Glabbad, Arefeld, Köln, Mülheim am Rhein, Elberfeld kannte man in Hinsicht der Arbeitszeit fast keine Grenzen. Dieselbe begann morgens 5 Uhr und dauerte bis abends 8 und 10 Uhr für wöchentlich 2 Taler und 2 Taler 10 Silbergroschen. Wenn die Frauen und Kinder nicht mit dem Manne in die Fabrik gingen, hatte die Familie kein trocknes Brot zu essen, zumal in der Textilindustrie den Arbeitern von einzelnen Geschäftsinhabern oft ein Drittel des Wochenlohns für Webfehler abgezogen wurde. Selbst die weitgehenden Bestimmungen des französischen Gesetzbuchs über die Haftpflicht der Unternehmer haben der rheinischen Arbeiterklasse wenig Nutzen gebracht, da ihr systematisch die Aufklärung über ihre gesetzlichen Ansprüche vorenthalten wurde. In Ermangelung aller und jeder Gesetzeskenntnis ist es fast immer der Fall gewesen, daß da, wo solvente Unternehmer mit Erfolg haftpflichtig gemacht werden konnten, die Gemeinden für die Verunglückten und deren Hinterbliebene eintreten mußten.

Als im Jahre 1830 in Belgien Revolution ausbrach und es sich selbständig machte, kam es auch in Aachen zu Zudungen, die ihren Stützpunkt in den ungesetzlichen, gar

nicht zu rechtfertigenden Lohnabzügen und in der himmelstreichenden Unwissenheit der Arbeiter fand. Die Unfinnigen versuchten die Fabrik eines der schlimmsten Lohnrücker zu demolieren. Als sie dort vertrieben wurden, griffen sie das Wohnhaus des bekannten Großindustriellen Coderill an, an dessen Weinen sie sich berauschten und alsdann wie besoffene Studenten alles demolierten und Allotria trieben. Coderill, der aus England stammte und viele Verbesserungen in den maschinellen Einrichtungen der Webereien geschaffen hatte, sollte, wie die armen Toren meinten, an allem Unglück schuld sein, weshalb man es auf ihn abgesehen hatte. Von den verzweifelten und betrunkenen Empörern wurden bei der Demolierung, die nachher auch auf das Arresthaus ausgedehnt werden sollte, sechs erschossen, während von der Polizei wie von den bewaffneten Bürgern niemand auf dem Kampfplatze blieb. Nur eine durch Armut und Ueberarbeit heruntergekommene, durch und durch vernachlässigte Arbeiterschaft und Unmündige konnten sich zu törichtem Erzeßen hinreißen lassen, wie sie sich damals in der guten katholischen Stadt Aachen abgespielt haben. Der Wert des zerstörten Eigentums betrug nach den eigenen Angaben Coderills, in dem man nur den Verfertiger der Maschinen hätte, 55 500 Taler.

Nach fast einjähriger Untersuchungshaft erschienen 73 Angeklagte, meistens unter 20 Jahren, darunter viele Frauen und Kinder, vor dem Assisenhof in Köln. 14 Angeklagte wurden freigesprochen, 3 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Brandmarkung, 4 zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit, 5 zu fünfzehnjähriger Zwangsarbeit, 6 zu zwölfjähriger Zwangsarbeit, 5 zu zehnjähriger Zwangsarbeit, 12 zu achtjähriger Zwangsarbeit, 4 Männer und 5 Frauen, darunter zwei neunzehnjährige Mädchen und eine Obsthändlerin, die singend und johlend eine auf der Straße liegende Matratze nach Hause geschleppt hatte, zu je siebenjähriger Zwangsarbeit, 1 Angeklagter zu fünfjähriger Zwangsarbeit, 1 zu achtjähriger Zuchthausstrafe und die sämtlichen vorstehend Verurteilten zur Ausstellung während einer Stunde am Pranger auf einem der öffentlichen Plätze der Stadt Köln verurteilt. Sodann erhielten 5 Personen, darunter 2 Frauen, je 5 Jahre Gefängnisstrafe, 1 fünfzehnjähriger Kellner wurde mit fünf Jahren und 3 dreizehn- und vierzehnjährige Knaben erhielten sieben und sechs Jahre Besserungshaus.

Straflos konnten die Empörer selbstverständlich nicht ausgehen, aber ein solches Verfahren und solche Strafen, die müssen einem jeden Menschen, der noch Sinn für Recht und Gerechtigkeit hat, helle Tränen in die Augen treiben. Und hätten die Geschworenen nach den Anträgen der Staatsanwaltschaft entschieden, hätten sie nicht auf die eindringlichen Worte der Verteidiger — sie möchten keine blutigen Erinnerungen in den Kreis ihrer Familien mitbringen — gehört, dann wären 48 der Angeklagten, von denen mehr als die Hälfte keine 20 Jahre alt waren, unter das Fallbeil gekommen!

Die Unglücklichen waren keine sogenannten Fremden, es waren fast ohne Ausnahme Aachener Kinder. Wenn man an das Alter der armen Empörer, an die Frauen, Mädchen und sogar Kinder denkt, an die Atmosphäre, in der sie aufgewachsen, an die staubigen Fabrikhöhlen, in denen viele von ihnen vom siebenten, achten und neunten Lebensjahre an gefrondet hatten, wenn man sich dabei die drakonischen Strafen, welche über die Unglücklichen verhängt worden sind, vergegenwärtigt, dann kann man die Arbeit, welche die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften in neuerer Zeit geleistet haben, erst ganz und voll würdigen. Ganze Bände über die schmachvolle Kinderausbeutung in den rheinischen Industriegebieten redet ein Beschluß des rheinischen Provinziallandtags vom Jahre 1837, in dem der König um den Erlass eines Gesetzes gebeten wurde, welches bestimmen sollte:

1. daß kein Kind vor dem vollendeten neunten Lebensjahre zur Arbeit in Fabriken bestimmt werden solle;

2. daß die Kinder vor ihrem Eintritt in eine Fabrik einen dreijährigen Schulbesuch nachweisen sollen, insofern nicht örtliche Verhältnisse, welche von der Ortsobrigkeit untersucht und festgestellt werden sollten, eine Abschwächung nötig machen;

3. daß die Kinder höchstens zehn Stunden zu Arbeit in den Fabriken angehalten, und

4. ihnen zwischen diesen zehn Arbeitsstunden zwei Freistunden, von welchen eine um die Mittagszeit mit Bewegung in freier Luft gewährt werden solle.

Erst 1839 verschaffte die Regierung Abhilfe, die im Sinne der Petenten ausfiel und auf ganz Preußen ausgedehnt wurde und erst 1853 zugunsten der Kinder eine Verschärfung erhielt.

Das war das industrielle Rheinland der vormärzlichen Zeit, das war der Boden, auf dem die Wiege der deutschen Sozialdemokratie gestanden, so sah es in der engeren Heimat von Karl Marx und Friedrich Engels aus.

Nach dem Tode Friedrich Wilhelms III., im Jahre 1840, fing es überall in liberalem Sinne an zu gären, aber im Rheinlande, durch seine hochentwickelte Industrie, mehr als im übrigen Preußen. Den Trägern der rheinischen Geldaristokratie schien die kölnische Zeitung, die sowohl die napoleonische wie später die preussische Willkürpolitik verteidigt hatte, zu waschlappig, um die Forderungen zur Erlangung einer konstitutionellen Regierung durchzusetzen. Hansemann von Aachen, v. Beckerrath von Arefeld, Camphausen, Oppenheim und Mevissen aus Köln gründeten die ältere Rheinische Zeitung, die unter der Redaktion von Karl Marx im Jahre 1843 unterdrückt wurde. Marx ging nach dem Auslande und entwickelte sich dort zum Sozialisten und Kommunisten. 1847 verfaßte er mit Friedrich Engels das kommunistische Manifest, welches gewissermaßen das Evangelium der internationalen Sozialdemokratie wurde und auch noch heute ist.

Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Manifest, von zwei Rheinländern verfaßt, in dem durch den Anstoß der ersten französischen Revolution so hochentwickelten Rheinlande auf fruchtbaren Boden fiel. Ein junger Arzt, Dr. Andreas Gottschalk, hatte die Arbeiter für diese Lehren in geheimen Versammlungen besonders empfänglich gemacht.

Am 26. Februar 1848, abends 7 Uhr, veröffentlichte die kölnische Zeitung ein Extrablatt, in dem es unter andern hieß:

Revolution in Paris. Die Republik proklamiert. Die königliche Familie befindet sich auf der Flucht. Eine provisorische Regierung ist gebildet. Zwei Proklamationen sind erschienen, eine beginnt mit den Worten: „Keine Bourbonen mehr! — Es lebe die Republik! — Nationalversammlung! — Provisorische Regierung!“ Die provisorische Regierung besteht aus folgenden Personen: Arago, Ledru, Kollin, Marie, Dupont (de l'Eure), Lamartine (Deputierter), Armand Marrast (Redakteur des National), Flocon (Redakteur der Reform), Albert (Arbeiter).

Wie diese Nachricht überall Aufregung brachte, so brachte sie auch die Kölner Anhänger des kommunistischen Manifests in Bewegung. Noch eine geheime Zusammenkunft in der Umgebung Kölns, dann zogen sie, durch Hunderte und Aberhunderte Arbeiter verstärkt, bereits am 3. März 1848 vor das Rathaus der alten Kolonie, wo sie unter Führung Dr. Gottschalks „Forderungen des Volkes“ geltend machten. Ueber diesen Aufritt veröffentlichte der Regierungspräsident vermittelst Extrablatt der kölnischen Zeitung folgende amtliche Bekanntmachung:

Die Ruhe der Stadt Köln ist heute abend in bedauerlicher Weise gestört worden. Es hat eine Anzahl von Personen gewagt, den in Ausübung seines Berufes im Rathause versammelten Gemeinderat nicht mit Bitten, sondern mit „Forderungen des Volkes“ zu bestürmen und versucht, eine Genehmigung von Anträgen mit Gewalt zu erzwingen, die in ordnungsmäßigem gesetzlichen Wege bei den lokalen Vertretern der Stadt in keiner Weise Eingang finden konnten. Diese „Forderungen des

Volk's", wie sie in vielen Exemplaren verteilt und verlesen wurden, lauten:

1. Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staat.
2. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse.
3. Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern.
4. Freies Vereinigungsrecht.
5. Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle.
6. Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.

Es wurde unter aufreißerischen Reden die Versammlung der Gemeindeverordneten eine geraume Zeit in dem Rathause belagert, bis die bewaffnete Macht den Rathausplatz von der zahlreich versammelten Menge säuberte und einer der Rädelsführer, der seit längerer Zeit der Behörde als solcher bezeichnet war, zur Haft gebracht wurde. Er ist der Justiz überantwortet. Die gerichtliche Untersuchung wird sofort über dieses in unsrer Provinz unerhörte Attentat eingeleitet werden. Die friedliebenden Bürger Kölns werden mit mir diese Verletzung des Gesetzes und der Ordnung beklagen. Die Behörden rechnen auf ihren Beistand; es wird die vereinte Kraft und Wachsamkeit beider ferneres Unheil, das durch die Konspiration Böswilliger planmäßig vorbereitet wurde, von der Bevölkerung einer ruhigen, glücklichen Stadt mit Erfolg abzuwenden wissen.

Köln, den 3. März 1848.

Der Regierungs-Präsident.
v. Raumer.

Auf diese Art hatte der Regierungspräsident v. Raumer für die Verbreitung der „Forderungen des Volk's" im weitesten Sinne des Wortes Sorge getragen. Der verhaftete „Rädelsführer" war Dr. Andreas Gottschalk; ihm wurden noch zugesellt die Artillerieleutnants Anneke und v. Willich.

Die drei Rädelsführer wurden erst nach den Ereignissen des 18. März außer Verfolgung gesetzt. Dr. Gottschalk gründete dann den Kölner Arbeiterverein, der es schnell auf 3000 Mitglieder brachte, und in welchem neben Dr. Gottschalk der Schneider Rothjung, der Dachdecker Esser und der Zigarrenarbeiter Köfer als Hauptredner fungierten. Im Juli wurden jedoch nach einer Generalversammlung des Arbeitervereins Dr. Gottschalk, Esser und Anneke verhaftet. Dieselben blieben bis gegen Ende des Jahres 1848 in Haft und wurden dann — es war der erste politische Prozeß, der vor dem Assisenhofe stattfand — von den Geschworenen freigesprochen, wobei es zu überaus scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptangeklagten und dem Staatsanwalt kam. Ein Spitzel, der sich in den Arbeiterverein hatte aufnehmen lassen, und vom ersten Tage seiner Aufnahme an der Polizei Rapport erstattet hatte, wollte am Gerichte als Kronzeuge den bekehrten Sünder und reinigen Patrioten spielen, wurde aber von der Staatsanwaltschaft mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß er als Polizeiaгент in den Arbeiterverein eingetreten sei und am rheinischen Assisenhofe keine Komödie gespielt werde. (Fortf. folgt.)

Notizen.

Das Denkmal ohne Namen. Aus Paris wird berichtet: Auch in der Großstadt kann Entdeckertalent ein Feld für Laten finden. In dem Buttes-Chaumont hat René Vues ein Denkmal „entdeckt", ein Denkmal aus Bronze und Marmor, ein Denkmal, von dem Paris nichts gewußt hat, ein Denkmal, von dem keine Zeitung zu berichten wußte und dessen Deutung bisher ein sorgfältig behaltetes Geheimnis gewesen ist. Auf einem Spaziergang durch die Buttes-Chaumont hat Vues seinen Fund gemacht. Durch die fahlen Zweige der Bäume fiel der Blick auf eine Bronzeplastik auf einem massiven großen Piedestal. Auf dem Steine sitzt ein Mann, die Beine halb ausgestreckt; eine Draperie verhüllt die Glieder. Ein zusammengeknötetes Taschentuch schlingt sich als Kopfbedeckung um das Haupt, um ein Haupt von seltsam dämonischer Wucht des Ausdrucks. Unter einer leidenschaftsgeführten Stirn starret ein grausam kaltes Augenpaar ins Weite. Schmale, bitter aufeinander gepreßte Lippen umrahmen einen harten, warmungslosen Mund. In ihrer halbzusammengefaulerten Stellung weßt die wunderliche Gestalt in der Ab-

und Gemeinheit sich seltsam zu vermischen scheinen, einen starken Eindruck von Grauen und Bewunderung. Auf einem kleinen Brettchen zwischen den Knien hält die Figur einige Manuscriptblätter. Keine Inschrift, keine Tafel, kein Wort, nichts, da verriete, welche Größe der Menschheitsgeschichte hier sein Ehrung erhalten hatte. Grübelnd sucht Vues nach dem Gärtner „Können Sie mir nicht sagen, was das für eine Statue ist, dor hinterm Hause?" „Ach, Sie meinen den sitzenden Mann mit der Mütze?" „Ja, gewiß." „Ach so: das ist Marat!" „Marat natürlich Marat . . . Daß ich nicht sofort darauf kam . . . Aber warum hat man denn nicht wenigstens den Namen an gebracht?" Der Alte lächelte: „Man wagt es nicht." „Wer ist „man"?" „Die Regierung, der Gemeinderat . . . Was weiß ich, sie haben Angst. Marat! Sie können sich doch denken . . . „Ja, hat man denn das Denkmal nicht eingeweiht?" „Ein geweiht? Eingeweiht?" rief der Gärtner erstaunt. „Wo denken Sie denn hin! Ein Marat-Denkmal eingeweiht? Seit 11 Monaten, seit beinahe zwei Jahren steht es jetzt da. Man bracht es eines abends so gegen sechs, als es schon dunkel war. Di Frau des Aufsehers leuchtete mit einem Lampe. Hinter den Haus hat man es dann abgeladen. Die Kinder, die hier umher spielen, nennen ihn den „bonhomme assis". Der bonhomme assis . . . Das ist alles, was man weiß.

Goldene Worte für die Agitation. Wenn ich bei jemand, de nach meiner Voraussetzung schwer begreift, Propaganda machen will, so sage ich ihm ungefähr: Du arbeitest früh und spät un bekommst so wenig dafür, daß du dich nicht einmal hinreichen mit deiner Familie sättigen, nötig kleiden und anständig beherbergen kannst; du hast gar keine sorgenfreie Zukunft vor dir indem dir das tägliche Brot nicht zugesichert ist, deine ganz Existenz hängt vom reinen Zufall ab; sobald dir der Geld- oder Gutsmann deine Arbeit entzieht oder du krank wirst, so muß du und die deinigen Not leiden, kaum daß man euch mit Berachtung von den reichen Gottesgaben kleine Ueberreste, Brotsamen, die von der Reichen Tische fallen, unter hundert Zurechtweisungen zuwirft; während der da drüben recht angenehm un im Ueberflusse mit seiner Familie herrlich und in Freuden lebt ohne daß er oder einer der seinigen dafür zu arbeiten braucht Alles, was sie zur Befriedigung ihrer tausendfältigen Bedürfnis nötig haben, bekommen sie auf den leisesten Wink mit allen Gehorsam von uns armen Leuten zugestellt.

Ist das recht? Nein! wird da ein jeder antworten: Da ist nicht recht! — Würdest du nicht froh sein, wenn das einma anders würde? — Ja, freilich, wird hier wieder ein jeder antworten. Mithin ist doch also die große Mehrzahl, kurz all Uebervorteilten, nach endlicher Einsicht, für eine Uenderung de Dinge, ohne die vermöglichen Menschenfreunde zu berühren deren es auch gibt, welche das Los ihrer Leidenden Mitmenschen zu erleichtern und alles Elend und allen Jammer abzuschaffen sich bemühen. Es fehlt also doch weiter nichts, als einem z sagen: Komme und schließe dich uns an, wir wollen mitamme beraten, auf welche Weise die wirksamste Propaganda zu mache und wie unserm betrübten Zustande, in dem wir uns befinden am baldesten und besten könne abgeholfen werden.

W i l h e l m W e i t l i n g.

Das Evangelium eines armen Sünders, 1843.

Tabaksteuer-Symme.

Die Zigarrenbänderollensteuer
Macht das edle Kraut dem Raucher teuer,
Und Zigarrensteuerbänderollenlisten,
Die im Deutschen Reiche wir bisher vermijten,
Von Zigarrenbänderollensteuerlistenführern
Werden sie fortan verwaltet, richt'gen Tabakspürern;
Aber auch Zigarrenbänderollenlistenführerstellvertreter
Werden in die Mütze dieses Amtes sich teilen früher oder später
Und wenn es nun wirklich geschehn soll,
Ohne Steuer es künftig nicht gehn soll,
Nehmt Abjand vom Kistenbekleben,
Denn die Bänderole zu geben
Den Kisten, erregt nur Verdruß,
Gebt jeder Zigarre die Binde,
Und selbst bei Bierradnern empfinde
Der Raucher dann höchstn Gemüß. — Gottlieb.

Spitter.

Der Anschluß an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingendste Gründe entziehen darf. Professor v. Gignac.